

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Nr. 40

September 1979

80 Pfg. Solidaritätspreis 1,20 DM

"Das Öl wird knapp!" - Mit dieser Schreckensparole versuchten uns die multinationalen Ölkonzerne schon Mitte Mai in Panik zu versetzen. Dann kam es Schlag auf Schlag: Die Preise wurden hochgesetzt.

Inzwischen sind die Literpreise für Benzin auf 1,04 DM - 10 Pfg. über dem Vorjahresniveau. Dabei sind viele Kollegen wegen der schlechten Nahverkehrssysteme auf ihr Auto angewiesen, um überhaupt zur Arbeit zu gelangen.

Noch brutaler wird den Arbeitnehmern bei den Heizölpreisen in die Ta-

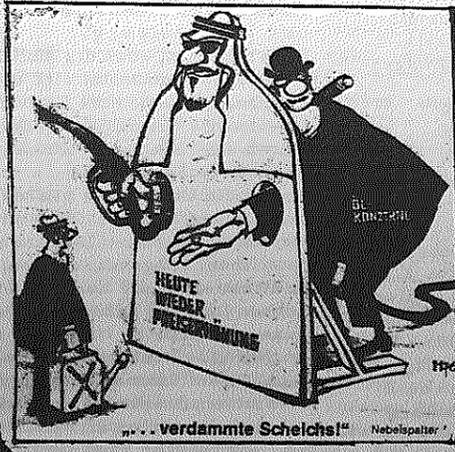
DIE ÖLKONZERNE VERSTAATLICHEN!

* Entweder auf dem Markt fleißig mitzubieten, ohne aber zu kaufen, um so die Preise zu treiben, oder tatsächlich Öl zu kaufen, um es (natürlich zu einem weitaus höheren Preis) weiterzuverkaufen. Die Preisterroristen in den Chefetagen der Ölmultis nehmen die Anhebung des Rohölpreises durch die OPEC-Staaten nur als Vorwand, um ihre ohnehin schon saftigen Preise noch weiter anzuheben. Die OPEC-Staaten setzen ihre in Dollar bezahlten Preise hinauf, weil durch den weltweiten

Kurssturz des Dollars der Wert ihrer Einnahmen sank. Wegen des Anstieges des DM-Kurses dürften diese Rohölpreiserhöhungen in DM jedoch nicht viel mehr als 10% ausmachen.

Entsprechend blendend stellt sich die Finanzlage der Ölkonzerne dar: Im 2. Quartal '79 steigerten sich die Profite von Exxon um 30%, von Texaco gar um 106%! Die flüssigen Geldmittel (sog. "cash flow") die den Ölmultis gegenwärtig zur Verfügung stehen, werden auf 3.000 Milliarden (3.000.000.000.000 !!!) DM geschätzt! Diese ungeheure Summe ist mehr als das doppelte Bruttosozialprodukt der BRD von 1978!

Fortsetzung auf Seite 2



sche gelangt: Diese sind nämlich mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr!

Aber wie steht's denn tatsächlich mit der erwähnten "Knappheit"? Bundeskartellamt und Bundeswirtschaftsministerium stellten zu Beginn der Preiserhöhungen fest, daß die Rohölversorgung nach wie vor funktioniert, und daß sich dies in absehbarer Zeit auch nicht ändern werde. Der Iran-Ausfall sei durch verstärkte Produktion anderer Länder längst ausgeglichen. Und seit der Wiederaufnahme der Ölförderung im Iran ist mehr Öl auf dem Weltmarkt als je zuvor. An der angeblichen Ölknappheit äußern inzwischen sogar bürgerliche Experten öffentlich Zweifel, z. B. in der ARD-Sendung

"Im Brennpunkt" am 6. 7. 79:

* Das Öl wird von den Konzernen in Lagern gehortet, die bis zum Überlaufen voll sind, um so die Preise hochzupeitschen.

* Die Tanker, die das Öl vom Förderland nach Rotterdam fahren, haben entweder Anweisung, dies so langsam wie möglich zu tun, oder:

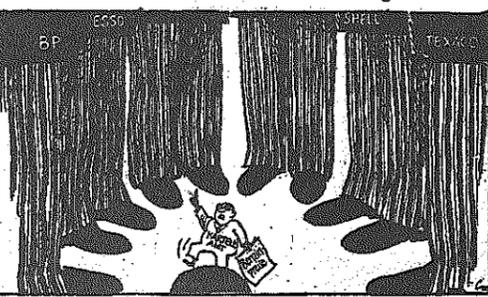
* Sie müssen auf dem Meer ständig den Kurs wechseln, so daß sie erst viel später als notwendig in Rotterdam ankommen.

* In Rotterdam gründeten die Multis Handelsgesellschaften mit neutralem Namen, die also scheinbar unabhängig sind. Diese haben die Aufgabe:

KARTELLAMT GEGEN ÖLMULTIS MACHTLOS

Eine üble Blamage mußte das Berliner Kartellamt kürzlich gegenüber den Ölkonzernen einstecken. Dieses Amt ist eigentlich dazu da, die "Markt"-Wirtschaft vor einer Monopolisierung zu schützen. Es mußte zugeben: "Gegen die Ölmultis kommen wir nicht an. Unsere Kanonen schießen nur bis Aachen..." - Wenn's doch nur Kanonen wären! Aber scheinbar hat das Kartellamt nicht einmal eine Spatzen schleuder zur Verfügung. Mit 250 Angestellten, die den "freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb hüten" sollen, hat das Amt nicht einmal die Belegschaftsstärke eines mittelständischen Betriebes. Dabei soll es die gesamte Wirtschaft kontrollieren und Wettbewerbsverstöße ahnden. Für die Überwachung des Öl- und Energiesektors steht nur eine einzige Planstelle zur Verfügung. Diesen Beamten tricksen die Ölgangster noch allemal mit links aus, falls der es wagen sollte, gegen ihre Machenschaften Einspruch zu erheben. - Daß die bundesdeutsche Kartellgesetzgebung nur ein Feigenblatt ist, das die Marktmanipulationen verdecken soll, hat sich am jüngsten "Fall" der Ölkonzerne mit aller Deutlichkeit erwiesen: Das Kartellamt war selbst nach einem "Gespräch" mit den leitenden Herren von BP, Shell, Esso, Aral und Texaco immer noch der Ansicht, daß deren Benzinpreiserhöhungen "ungerechtfertigt" waren. In einer Presseerklärung hieß es hinterher lapidar, man könne trotz allem kein Verfahren gegen die Ölgesellschaften einleiten, weil "keine rechtliche Handhabe gegeben" sei! Der Grund: wenn die Ölgesellschaft alle rechtlichen Möglichkeiten ausnützt (was sie zweifellos tun würden!), könnte es bis zu einer endgültigen Entscheidung

der Gerichte 3 - 4 Jahre dauern! Außerdem: da das Kartellrecht keine rückwirkenden Sanktionen gegen vergangene Verstöße zuläßt, könnte selbst ein positives Urteil nicht mehr gegen die gegenwärtige Preispolitik der Konzerne angewandt



"Aber diesmal werden wir den Konzernen ganz gewaltig auf die Füße treten!" (Aus "Kölnische Rundschau")

werden. Das ist eine recht "nützliche" Bestimmung im Kartellrecht, die sicher auch von anderen Großkonzernen ausgenutzt wird. - Das bundesdeutsche Kartellamt ist also alles andere als ein wirksames Instrument zur Kontrolle der Ölmafia. Vielleicht sollte man sich mehr auf ein Europäisches Kartellamt verlassen? Aber dessen Kanonen schießen auch nicht über den atlantischen Ozean hinüber, dorthin, wo die Fäden zusammenlaufen. Das Europäische Kartellamt hat nicht einmal Einfluß auf den Rotterdamer Ölmarkt. Falls es staatlichen Stellen einfallen sollte, ihnen auf die Finger zu klopfen - so drohten kürzlich einige der Ölherren - dann würden sie den Rotterdamer "Markt" (der letztlich nur aus ein paar Büros mit Telefonen und Fernschreibern besteht) einfach aufs Meer hinaus auf ein Schiff außerhalb der Hoheitsgewässer verlegen.... Angela Bankert, Remscheid

200 DM MEHR FÜR ALLE ARBEITNEHMER!

"Jetzt reicht's uns aber! Diese Teuerungswelle können wir nicht mehr länger hinnehmen! Es ist höchste Zeit für einen kräftigen Lohnnachschlag!" - Das ist gegenwärtig die Stimmung vieler Kollegen, nachdem sie aus dem Urlaub zurückgekommen sind. - Schon der Urlaub ist ihnen unerwartet teuer gekommen, weil u. a. die Flugpreise drastisch hochgesetzt wurden. Der nächste Schlag steht den meisten noch bevor: wenn sie ihren Heizöltank für den nächsten Winter auffüllen wollen, dann werden sie auf einen Streich eine doppelt so hohe Rechnung dafür begleichen müssen wie im letzten Jahr.

Dieses (die Heizölpreise) ist der größte Einzelposten in unserem Haushalt der Lohnverluste. Wer als Familienvater bis her 1.500,- DM bezahlte, um warm über den Winter zu kommen, der soll nach dem Willen der Ölpreis-Räuber jetzt 3.000,- DM blechen! Auf den Monat umgerechnet schlägt dieser Betrag mit 125,- DM netto zu Buche, der nun in unserer Lohntüte fehlt. Außerdem ist seit 1. Juli die Mehrwertsteuer um 1% heraufgesetzt worden, die offizielle Inflationsrate bewegt sich schon über 5%.

Demgegenüber nimmt es sich noch sehr bescheiden aus, was Vertrauensleute und Betriebsräte in verschiedenen Bereichen schon gefordert haben :

* Auf der Werft Pohl+Jossiak fordern die Kollegen 50 Pfennig/Stunde Teuerungszulage.

* Der Vertrauenskörper der Fa. Karl Schmidt (Hamburg) forderte eine einmalige Zahlung von 300 DM Nachschlag.

* Ortman und Herbst-Vertrauensleute (Hamburg) verlangten 80 Pfennig/Stunde für jeden Beschäftigten.

* Die Daimler-Vertrauensleute (Unter-türkheim) wollen ebenso wie die Kollegen bei der Hüller Hille GmbH (Ludwigsburg) einen Nachschlag von 1.000,- DM

Diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Landauf landab besteht bei den Kollegen die Bereitschaft, etwas zu unternehmen. Umso unverständlicher ist es, daß sämtliche Gewerkschaftsvorstände sich gegen "Nachschläge" ausgesprochen haben. Seit wann ist es üblich, daß sich die von unseren Beiträgen gut bezahlten DGB Spitzenfunktionäre offen gegen die Interessen ihrer Mitglieder und aller Arbeitnehmer stellen?! Daß sie auf einer Linie mit Großkonzernen, Wirtschaftsministern und Wirtschaftsinstituten argumentieren?

Fortsetzung auf Seite 8

ARTIKEL ÜBER

Hunde, Kommunisten, Papst	S. 2
Jugendpolizei	S. 3
Großbritannien	S. 4
Strauß	S. 5
Abrüstung und Antikriegstag	S. 6
40 Jahre: 2. Weltkrieg	S. 7
Lehrstellensuche	S. 7

VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !
 Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken
 und Gewerkschaft,
 Erscheint seit Dezember 1973
 Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75
 5630 Remscheid
 Konto: Postscheckamt Essen, H. G. Öfing, Nr. 170 20 433
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfing

ih da oben...
 wir da unten

Ein Hundeleben - einmal anders

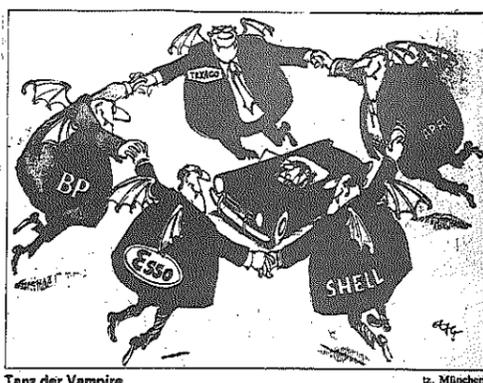
Fühlt sich Euer Chihuahua schlecht? Hat Euer Pekinese einen Anfall von Schwermut? Braucht Euer Afghanischer Windhund mal Abwechslung? Dann schickt ihn zur Erholung nach Illinois, USA, in das "Internationale Haustierkurhotel". Natürlich ist das mit etwas Kosten verbunden. Zwar hat die Unterbringung in der billigeren "de Luxe"-Klasse nur Vinyl-Tapeten im Schlafkäf, zu bieten, aber die "Imperial"-Behandlung beinhaltet gegen einen geringen Aufschlag Seide-Tapeten, Samt-Fußböden, ein Daunbett mit Schaumgummi-Matratze, tägliches Bürsten und zwei Biskuit-Pausen zwischen den Hauptmahlzeiten. Alle Hunde (unabhängig von der Behandlungskategorie) werden mit klassischer Stereomusik in den Schlaf gewiegt, und das Personal liest ihnen sogar Briefe ihrer Herrchen und Frauchen vor! Gegen Sonderpreis wird ihnen sogar ihr Lieblingsfutter serviert. Katzenliebhaber werden sich freuen! Ihre kleinen Lieblinge werden auch freundlich aufgenommen. Die zahllosen amerikanischen Arbeiter, Arbeitslosen und Elendsviertelbewohner, die (wie wissenschaftliche Untersuchungen beweisen) in zunehmendem Maße gezwungen sind, für ihre eigene Ernährung auf Haustierfutter zurückzugreifen, weil die Fleischpreise immer weiter steigen, werden von der Tatsache weniger begeistert sein, daß die kleinen Lieblinge ihrer Bosse nun tatsächlich besser dran sind als sie.

Es fehlen »Kommunisten« . . .

Die britischen Kapitalisten beneiden in ihrer Presse ihre französischen Rivalen um eine wichtige Errungenschaft, die ihnen noch fehlt: eine große kommunistische Partei. Wie der bekannte Kolumnist des "Evening Standard", Sam White kürzlich schrieb, haben sie jetzt erkannt, daß "ein Vorteil, den sie gegenüber Großbritannien haben, der zwar nie öffentlich, aber in Privatgesprächen zugegeben wird, in dem großen Glück der Franzosen liegt, eine mächtige Kommunistische Partei zu haben". Laut White liegen die Vorzüge der KPF darin, daß sie - durch ihre engen Verbindungen mit den stalinistischen Diktaturen im Osteuropa, Rußland etc. - viele französischen Arbeiter und Kleinbürger von den gesamten Ideen des Sozialismus abstößt. Mehr noch: "Sie (die KPF) hat Frankreich enorme Dienste geleistet, indem sie in der unmittelbaren Periode nach der Befreiung (vom Hitlerfaschismus) die französische Arbeiterklasse zu fast endlosen Arbeitsanstrengungen angespornt hat ... Dam, im Mai 1968 hat sie dies wieder vollbracht, als sie eine unersetzliche Rolle spielte, um das von Studenten provoziertes Chaos zum Ende zu bringen". Was White ein "von Studenten provoziertes Chaos" nennt, war - nebenbei bemerkt - ein Generalstreik und die Besetzung ihrer Fabriken durch mehr als 10 Millionen Arbeiter. Damals bewegten sich die französischen Arbeiter in die Richtung einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft. Die KP-Führer warfen jedoch ihre ganze Autorität in die Waagschale, um diese Massenbewegung in die Bahnen von Lohnerhöhungen zu lenken. Aber Whites Bemerkungen zeigen, daß die weiterdenkenden bürgerlichen Kräfte ziemlich bewußt (und zynisch) verstehen, daß die KP-Führer sie nicht ernsthaft durch eine Systemveränderung herausfordern wollen. White schließt seine Betrachtungen zynisch ab: "Man wünscht sich heutzutage fast, die Kommunistische Partei Großbritanniens wäre etwas mehr als eine politische Sekte".

Papst will Herzen umformen

Im Januar durfte der frisch gekürte Papst Johannes Paul II. seine erste Weltreise machen - nach Lateinamerika. Dort muß sich ein Viertel der Bevölkerung von weniger als 50 (fünfzig!) DM jährlich ernähren. 40% aller Lateinamerikaner sind unterernährt. (Spiegel 29.1.79). Der Kontinent lebt unter dem Stiefel brutaler Diktaturen, die im Interesse der multinationalen Konzerne und deren Profite für "Ruhe und Ordnung" sorgen sollen. Aber trotzdem flackern immer wieder Aufstände, Streiks und sozialrevolutionäre Bewegungen gegen diese Verhältnisse auf. In der lateinamerikanischen katholischen Kirche gibt es Priester, die die Arbeiter, Bauern und Slumbewohner in ihren Kämpfen unterstützen und deshalb selber Bekanntschaft mit der Folterkammer machen. Denen wollte der Papst mit väterlicher Fürsorge klar machen, daß "Jesus Christus kein Umstürzler und Revolutionär" gewesen sei, der "gegen die römische Unterdrückung und gegen die Behörden gekämpft hat, und der auch am Klassenkampf teilnahm". Auftrag der Kirche sei es, "die Herzen umzuformen, so wie Systeme und Strukturen zu vermenschlichen." Der bisherige Erfolg der Kirche bei diesem ehrenwerten Vorhaben spricht nach 2000 jährigem Bemühen für sich . . .



ÖLKONZERNE Fortsetzung von Seite 1

Im Juli legte die BP-AG in Hamburg ihre Jahresbilanz vor: Offiziell machte sie im ersten Halbjahr einen Gewinn von 276 Mio. DM. Dabei gibt die BP freimütig zu, daß der Finanzbericht "in erster Linie eine Frage der Kreativität des Finanzdirektors ist". Man kann sich also gut denken, daß sie in Wirklichkeit viel mehr Profit verbuchen konnte - abgesehen noch von den Steuererleichterungen und Hinterziehungsmöglichkeiten, die diesen Firmen ganz legal zugestanden werden.

Außerdem besteht bei BP - sicherlich auch bei anderen Großkonzernen - eine sogenannte "Preissteigerungsrücklage" von 120 Mio. DM. Diese stammt aus Ölverkäufen, bei denen schon vor der OPEC-Preiserhöhung Aufschläge stattfanden.

An den Preissteigerungen sollen - nach Meinung des Großkapitals und seiner Presse - wir selber schuld sein, "weil die Autofahrer trotz der 'Knappheit' genauso viel Benzin verbrauchen wie früher". Die erklärte Tatsache, daß die Knappheit rein künstlich ist, spricht dieser Unternehmerpropaganda schon reichlich Hohn. Aber die Tatsache, daß die meisten Arbeiter und Angestellten auf ihr Auto einfach nicht verzichten können, entlarvt diese Behauptung als schlichten Zynismus.

Abgesehen davon, daß es natürlich reine Heuchelei ist, denn die Multis können sich nichts Besseres wünschen, als daß sie das teure Benzin genauso gut verkaufen, wie vor der Preiserhöhung.

Oder sollen wir vielleicht, nur weil die Heiz- und teilweise auch die Mietkosten stark gestiegen sind, im nächsten Winter einfach einen Pullover mehr anziehen? Anscheinend ja - nach Meinung der Ölkonzerne und der Bundesregie-

rung. Letzterer fällt nichts Besseres ein, als Sparappelle an uns Verbraucher zu richten, andererseits aber die Konzerne aufzufordern, "den Verbraucher über den Preis zur Einsicht zu zwingen"!

Die berühmt-berüchtigten "Sieben Schwestern" (Shell, BP, Exxon, Texaco, Standard Oil, Mobil Oil, Gulf Oil und Chevron) scheuen offenbar vor keinerlei Tricks zurück. Der Rotterdamer Ölmarkt ist jedenfalls voll und ganz unter ihrer Kontrolle.

Wie mächtig sind diese "Sieben Schwestern" eigentlich?

Ohne Übertreibung kann man sagen, daß sie sich nicht nur zu Öl-, sondern auch zu allgemeinen Energiemonopolen entwickeln. In den USA sind die Ölmultis folgendermaßen beteiligt an:

- 1.) Uranlager 70%
- 2.) Erdwärme 90%
- 3.) Kohle 40%

Außerdem mischen sie fleißig in der Atomindustrie und bei Sonnenenergie-Forschungsprojekten mit. Aber nicht nur im Energiebereich sind sie beteiligt. So kaufte z. B. Mobil Oil die zweitgrößte Kaufhauskette der USA auf. Laut einer Analyse der Chase Manhattan Bank planen die 100 größten US-Ölgesellschaften (die eigentlich auch nur aus den "Sieben Schwestern" und ihren Tochtergesellschaften bestehen) bis 1985 Investitionen in der gewaltigen Höhe von 1.000 Mrd. DM.

Was - so werden viele fragen - kann mangelnde derart mächtige Konzerne ausrichten?

Umsteigen auf andere Energiequellen hat angesichts der Monopolstellung der Multis keinen Sinn. Auch das Ausweichen der Autofahrer auf die billigeren, sogenannten "freien" Tankstellen funktionierte nur am Anfang des Preisschubs. Denn so "frei", wie ihre Bezeich-

nung sagt, sind diese nicht. Letzten Endes werden auch sie von den Großkonzernen beliefert, und sie mußten sich innerhalb von kurzer Zeit unter dem Druck der Multis deren Preisdiktat beugen.

Immer häufiger macht sich der Ruf nach "Kontrolle" bemerkbar. Wer aber soll diese Kontrolle wirksam durchführen, solange das "freie Unternehmertum" noch besteht? Das Bundeskartellamt jedenfalls ist absolut machtlos gegen die Ölmafia (siehe besonderen Artikel auf Seite 1).

Aber über eine andere Möglichkeit wird wieder diskutiert, welche mit Sicherheit die einzig wirksame ist:

Verstaatlichung der Ölkonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Denn nur dann, wenn die Multis tatsächlich entmachtet sind und die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften die Kontrolle ausüben, können sie auch auf die Preispolitik Einfluss nehmen.

Da die Ölkonzerne nun mal multinational sind, reicht es nicht aus, sie nur in einem Land zu verstaatlichen. (Abgesehen davon, daß ihr Preisterror die Kollegen in anderen Ländern mindestens genauso hart trifft!)

Nur eine internationale Energiepolitik im Rahmen eines geplanten Wirtschaftssystems unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung kann den Gangstermethoden der Ölmafia ein schnelles Ende bereiten.

Wer hat noch kein **POSTER** "VORAN ZU DEN VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA"? (Rot-schwarz, Europakarte mit obigem Text und den Köpfen von Marx, Engels, Liebknecht und Luxemburg). Schnellstens 5 DM (pro Exemplar) auf das Kampf-Fonds-Konto einzahlen und bei der Redaktion bestellen!!!

»Kampffonds«

SPENDENKONTO:
 Angela Bankert, Pscha. Essen
 2422 50 - 432

Die Sommerflaute hat offenbar voll auf unseren KF durchgeschlagen. Die Eingänge auf unserem Spendenkonto waren in den Monaten Juni/ Juli so spärlich und schleppend wie selten zuvor. In diesen beiden Monaten wurde gerade das Minimum dessen überwiesen, was normalerweise in einem Monat gesammelt wird, nämlich insgesamt nur DM 985,10, die sich wie folgt verteilen:

NORD	MITTE	SÜD
349,40,-	419,70,-	216,-

Dies ist ein rapider Abfall gegenüber den früheren Sammelergebnissen!

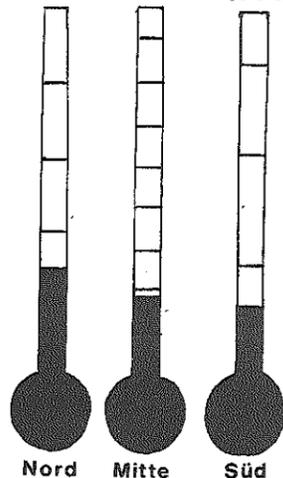
Insgesamt muß leider festgestellt werden, daß in diesem Jahr erst in einem Monat (Mai) unsere Zielvorstellungen erreicht wurden. Die Bilanz der ersten beiden abgerechneten Quartale sieht dementsprechend wenig rosig aus.

Dem Halbjahres-Ziel von 8.500 DM stehen nur Einnahmen von insgesamt rund 3.700 DM gegenüber, also nur 44%! In konkreten Zahlen der Regionen sehen die Ergebnisse bis einschließlich 7/79 wie folgt aus:

	NORD	MITTE	SÜD
Ziel	2.917,-	4.958,-	2042,-
Erreicht	1.462,-	1.798,-	677,-
in%	50%	36%	33%

Es gilt also noch viel aufzuholen - und eine Reihe guter Einzelsammlungen in verschiedenen Orten zeigt, daß bessere Ergebnisse möglich sind.

5.000- 8.500- 3.500-



Nord Mitte Süd

Um unser Ziel bis Jahresende zu erreichen, müssen wir unsere Anstrengungen mehr als verdoppeln: mindestens 2.500 DM pro Monat müssen dazu insgesamt aus den drei Regionen bei uns eingehen. Dies ist nur zu erreichen, wenn jeder Leser und Anhänger von VORAN "mitzieht". Wir brauchen jetzt jede entbehrliche Mark und jeden Groschen. Vor allem brauchen wir Deine aktive Mithilfe:

- * Frage in Deinem Bekanntenkreis bei Jungsozialisten, Sozialdemokraten oder Gewerkschaftern nach einer Spende
- * Verkaufe VORAN nach Möglichkeit zum Solidaritätspreis von 1,20 DM.
- * Sammele bei jeder Gelegenheit, bei Veranstaltungen, Sitzungen und Diskussionskreisen
- * Überlege, ob Du nicht zusammen mit anderen VORAN-Anhängern Tombolas, Versteigerungen, Feten o. ä. zugunsten des KF organisieren kannst. Bestelle Broschüren und Poster bei der Redaktion und verkaufe sie.
- * Nach der Urlaubszeit haben viele Kollegen und Genossen sicher noch Kleingeld in ausländischen Währungen mitgebracht - bitte schick es uns zu!

Im übrigen ist der Phantasie der Leser keine Grenze gesetzt. Durch einen tiefen Griff in die eigene Tasche und aktiven Einsatz beim Sammeln ist das Versäumte sicher noch nachzuholen.

Wenn wir weiter hinter unseren Zielen herhinken, ist ein Aufbau von VORAN, technische Investition, Steigerung der Auflage etc auf solider finanzieller Grundlage nicht möglich. Darum rufen wir jeden Leser, der VORAN für einen wichtigen Beitrag zur Diskussion in der Arbeiterwelt hält, zu verstärkter finanzieller Hilfe auf!

Erfahrungsbericht einer Arbeiterin in der Chemieindustrie:

von einer Arbeiterin aus Hamburg

»DER KAPITALISMUS IST GESUNDHEITSSCHÄDLICH!«

Die Firma, in der ich arbeite, scheint allen Regeln des kapitalistischen Wirtschaftssystems und betriebswirtschaftlicher Vernunft zu widersprechen. Trotzdem betrachte ich meinen Chef nicht als auf meiner Seite, auf der Seite der Arbeiterklasse stehend. Wenn er es geschafft hat, ein unwirtschaftliches, kleines und unrationelles Geschäft über Wasser zu halten, so ist dies zum Teil auf Glück zurückzuführen und auf die Tatsache, daß er für die Monopole keine Bedrohung darstellt und zum Teil darauf, daß er Aufträge für große internationale Konzerne ausführt, die ihn benutzen, um selbst Steuern zu sparen.

Als ich hier als Aushilfskraft zu arbeiten anfing, empfahl mir mein Arzt, nicht länger als die angebotenen 3 Monate zu bleiben. Als die 3 Monate jedoch vorbei waren, wurde mir eine Dauerstelle angeboten. Ich mußte sie annehmen, weil ich keine andere Arbeit fand.

Staub

Jetzt bin ich ein Jahr hier und ich habe die Nase voll! Das meine ich auch wörtlich: meine Nase ist dauernd voll von Staub. Manchmal schneuze ich gelb, manchmal rot - je nachdem, welche Pillen wir gerade herstellen. Oft habe ich schlimme Kopfschmerzen, manchmal starken Husten - alles wegen dem Staub. Die Tausende von Pillen, die in großen Kupferkesseln umgeschleudert werden, verursachen in Teilen der Fabrik einen Höllenlärm, der manchmal unerträglich ist. Wir haben jedoch für alle Arbeiterinnen nur ein Paar Ohrenschützer.

Jetzt sind sie da, die JuPos. Nicht nur in NRW sondern in fast allen Bundesländern tauchen sie auf. Ihre Konzepte sind unterschiedlich, ihre Absicht und Wirkung ist aber immer die gleiche: Schärfere Kontrolle und Überwachung von Jugendlichen.

Eines der ältesten und auch wirksamsten Konzepte einer Jugendpolizei ist das Modell Bremen. Seit 25 Jahren wird in den Bereichen Vorschule, Schule und Jugendgruppen wirksam "Jugendschutz" durch die Polizei geleistet. Wie die Bremer Polizei ihr Konzept bis heute ausgebaut hat, zeigt der Bericht einer Bremer Lehrerin: "Daß im Stadtteil Hemelingen 10-12jährige Kinder zu Hilfspolizisten ausgebildet werden, war mir bis zu diesem Zeitpunkt unbekannt. Ich erfuhr es ganz zufällig, als ich einen Schüler nach seinen Hobbies fragte, und er mir darauf antwortete: "Ich arbeite für die Polizei." Zuerst stutzte ich, wollte es eigentlich nicht so recht glauben. Als der Schüler jedoch mit erhabener Gestik ein Stück Papier hervorholte und mir stolz mitteilte: "Hier, das ist mein Polizeiausweis!", nahm ich es mit gewissem Mißtrauen zur Kenntnis. Bei genauer Betrachtung des Ausweises wußte ich, daß der Schüler weder angeben noch Witze gemacht hatte. Auf dem Ausweis waren der Name des jungen Polizisten, sein Photo und der Stempel des 1. Polizeireviere zu sehen.

Unaufgefordert berichtete der noch frische Polizist - der jedoch in herrschaftsträchtigen Gebärden (wie stramme Haltung) geübt erschien - über seine Aufgaben: "Wir sorgen dafür, daß die Kinder die Verkehrsregeln einhalten. Wenn nicht gibt es eine Verwarnung. Beim zweiten Mal ertappt, drohen wir mit einer Meldung." ... Weiterhin erfuhr ich von anderen Schülern,

Dämpfe

Weil es eine solch kleine Fabrik (eher eine Werkstatt) ist (nur vier Frauen und der Chef mit seiner Familie sind hier beschäftigt), muß jeder die verschiedenen Arbeiten machen, aber ich erledige hauptsächlich das Putzen und Verpacken. Für die anderen Frauen sind der Dreck und der Lärm noch größer als für mich. Das Schlimmste von allem ist die Arbeit mit den Pillen, wenn sie granuliert (verzuckert) werden. Dabei muß Alkohol beigemischt werden. An solchen Tagen kriegt jeder in der Firma von den Dämpfen Kopfschmerzen. Wir haben nämlich eine ziemliche altmodische Art der Belüftung - Oberlichter und Dachfenster!

Kopfschmerzen

Klagen über Kopfschmerzen usw. werden vom Chef nicht ernstgenommen, denn er steht auf dem Standpunkt: "Das ist nicht schädlich!" (Vielleicht weil es davon kommt, daß wir Arzneimittel herstellen? Das kann doch nur gesund sein!).

Vor kurzem waren wir an einem Tag alle gleichzeitig krank - von Übelkeit, Kopfschmerzen, Magenbeschwerden und Schwindelgefühlen. Selbst das war "nicht schädlich"!

Alte Maschinen

Außer dem Chef arbeiten andere seiner Familienangehörigen in der Fabrik mit. Doch sie sind in einer anderen Abteilung und haben bessere Arbeitsbedingungen, obwohl alle Arbeiten hier sehr langweilig

sind. Für uns "Arbeiterinnen" ist es jedoch schlimmer, weil die ganze Atmosphäre anders ist und weil wir wissen, daß wir nach einem Monat schwerer, gesundheitsschädlicher Arbeit nur ungefähr DM. 940,- nach Hause bringen können, während sie ein höheres Gehalt haben und gleichzeitig ihr Kapital vergrößert haben - hauptsächlich durch unsere Arbeit. Wenn die Firma überhaupt Profit macht, dann ganz bestimmt nicht durch Investitionen: die meisten Maschinen sind 20 Jahre alt: sie gehen regelmäßig kaputt, brechen zusammen und werden jeweils nur notdürftig wieder zusammengeflickt.

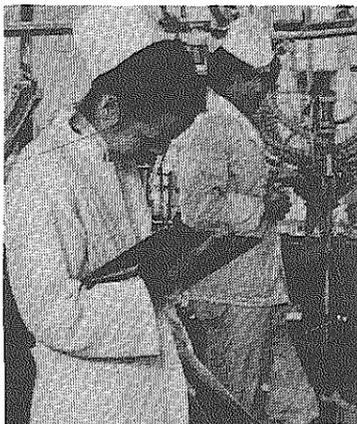
Unfallgefahren

Wir dürfen jedoch nicht zusammenbrechen. Ich hatte kürzlich einen Arbeitsunfall und verletzte mich am Rücken. Der Konzern, der an meine Firma Aufträge vergibt, sagte, ich sollte entlassen werden, wenn ich nochmals krank bin. Der Chef selbst ist immer ziemlich freundlich. Aber er betrachtet die Vorschriften über Unfallverhütung und die Regelungen im Krankheitsfall als "Quatsch". Als wir kürzlich ein Papier der Berufsgenossenschaft (betriebliche Versicherung für Arbeitssicherheit) erhielten, sagte er zu uns: "Lest diesen Quatsch nicht - das sind alles Kommunisten".

Vitamin „T“ gegen „Tod“

"Quatsch" ist sein Lieblingswort - ich glaube deshalb, weil er selbst so viel "Quatsch" herstellt und verkauft. Die chemische Qualität seiner Pillen ist möglich-

erweise genauso gut oder schlecht wie die anderer Hersteller - aber ihre angebliche Wirksamkeit ist doch erstaunlich: wir machen Vitaminpillen, die helfen sollen "zur Verbesserung Ihres Sexuallebens", gegen Vergeßlichkeit und Angst (!), zur Bewahrung vor "Altersschäden" und für "gepflegtes Aussehen". Meine Kollegin und ich bekämpfen manchmal unsere Langeweile, in dem wir raten, was wohl als nächstes kommt. Vielleicht Vitamin "T" gegen "Tod"?



Sauberkeit

"Rein", "natürlich" und "frisch" sind die Schlüsselworte unserer Werbung. Habt Ihr Euch jemals schon darüber gewundert, wie eine Rolle Toilettenpapier "naturweich" sein kann? Die Sprüche der Werbemenschen haben meist mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Unsere Pillen sind ganz bestimmt nicht rein und sauber. Ich wurde nämlich schon einmal beauftragt, sie auf dem Boden zusammenzukehren und aufzulesen, nachdem sie verschüttet waren. Dann mußte ich sie verpacken. Ich versuchte noch, jede Pille einzeln notdürftig zu säubern, bis der Chef kam und sagte: "Laß den Quatsch!". Möglicherweise hat er sie in die "3. Welt" verkauft ...

In dem Jahr, seit ich hier arbeite, habe ich nie gesehen, wie irgendwelche Geräte desinfiziert (keimfrei gemacht) wurden. Sie werden jeweils nur in kaltem Wasser abgespült und manchmal abgeschrubbt - mit den gleichen Bürsten, die für Boden, Wände und Ausgüsse verwendet werden!

Ich müßte ein ganzes Buch schreiben, wenn ich erklären wollte, was an meiner Arbeitsstelle alles schlecht ist. Aber es ist sehr frustrierend zu wissen, daß ich sehr wenig tun kann: wir haben keinen Betriebsrat und ich bin das einzige Gewerkschaftsmitglied.

Schwarze Zähne

Gegenwärtig arbeite ich bei der Herstellung von Eisenpillen. Das scheint einen unglaublichen Durst zu verursachen. Jeder hier beklagt sich über seinen unstillbaren Durst. Selbst ein Handwerker, der nur ein Paar Stunden hier war, erwähnte es. Eine andere Auswirkung dieser Pillen ist es, daß wir eine schwarze Haut, schwarze Fingernägel und schwarze Zähne kriegen. Die Zähne meiner Kollegin sehen schon sehr häßlich aus. Sie fragte also eine andere Kollegin (die dem Chef sehr loyal und anhänglich gegenübersteht), ob dies von dem Eisen käme. Außerdem hatten ihre Lippen angefangen zu bluten und sie bemerkte, daß der Mund der anderen Kollegin ebenfalls voll Blut war. "Das Eisen, ja natürlich, das kommt von dem Eisen". Dann, als sie bemerkte, daß wir über diese Auskunft wohl nicht gerade glücklich sein könnten, kam sie uns nachgerannt und rief: "Aber es ist doch nicht schädlich! Es ist doch gesund! Der Chef hat es uns gesagt!"

Meine Schlußfolgerung lautet: der Kapitalismus ist gesundheits-schädlich. Profit steht höher als die Gesundheit der Arbeiter - ob es nun die Arbeitsbedingungen betrifft, oder die Pillen, die angeblich eine gute Gesundheit garantieren!

Jugendliche setzen sich zur Wehr:

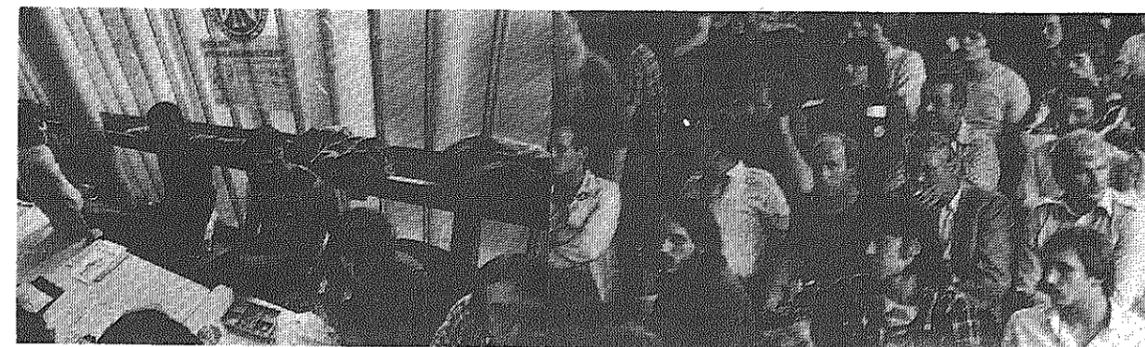
»STOPPT DIE JUGENDPOLIZEI!«

die ebenfalls der 20 Mann starken Polizeitruppe angehören, daß sie in Verkehrserziehung geschult werden und einmal wöchentlich unter Leitung eines Polizisten Sport treiben dürfen." (aus Bremer Blatt) Dieses "Modell Bremen" arbeitet aber nicht nur im Bereich Schule: "Die im Vorschul- und Schulbereich geschaffenen Kontakte mit dem heranwachsenden Jugendlichen werden im außerschulischen Bereich fortgesetzt!" (aus "Kriminalistik" Heft 4/76)

Fragt man heute beim Polizeipräsidenten einer Stadt in NRW nach seinem Konzept der Jugendpolizei, wird die Antwort lauten: "... und sowas gibt es in unserer Stadt nicht." Dementgegen steht der Runderlaß der Ministerien vom Sept. '78. Hier wird die Jugendpolizei, in welcher Form auch immer quasi angeordnet. Und so zeigt sich das Modell der Minister am Beispiel Köln: Insgesamt gibt es in Köln ca. 2200 Polizisten, die sich in 9 Stadtschutzbereiche aufteilen. Jeder dieser Polizisten ist angewiesen, jede Erkenntnis über Jugendliche zu registrieren und an den Jugendbeamten weiterzuleiten. Dieser Jugendbeamte, - so die Polizei - "... wird sich in der Szene bestens auskennen". Er wird ein besonderes scharfes Auge auf die "kriminogenen" (=verbrechensanfälligen) Zonen und Örtlichkeiten" haben, zu denen laut der Polizei Discos, Grünanlagen, Kneipen und Jugendzentren (!!!) gerechnet werden.

Gemeinsam mit Sozialarbeitern aus verschiedenen Ämtern (und einem Mannschaftswagen) soll

der JuPo "Jugendschutzstreifen" durchführen, um unter der Jugend für "Recht und Ordnung" zu sorgen. Er wird eine "Jugendschutzdatei" einrichten und seine Erkenntnisse in die "Zentrale Landesjugendschutzdatei" einspeisen.



Protestveranstaltung gegen Jupos in Essen. RECHTS: Blick ins Auditorium. LINKS: Infotisch.

In München gibt es seit etwa 5 Jahren bei jedem der 31 Polizeireviere zwei Beamte für "Jugendschutz", deren Hauptaufgabe es ist, Kontakte zu den Jugendlichen und ihren Treffpunkten zu halten. Seit Einführung dieser Form von Jugendpolizei stieg der Anteil von Verhaftungen und juristischen Verfahren sprunghaft an, so daß als "Nebenprodukt" einige spezielle "Jugendstaatsanwälte" eingeführt wurden. Als "Modellversuch" tauchte vor einem Jahr der JuPo in Baden - Württemberg auf. Bis Oktober soll er "nur zur Probe" in 3 Städten arbeiten. Heute gibt es kein Bundesland, wo nicht die JuPos in der jeweils speziellen Form entwickelt wurden.

Minister und Polizei versuchen, die JuPo unter dem Motto "Jugendschutz" an den Jugendlichen zu bringen. Aber vor was muß heute der Jugendliche geschützt werden? Was treibt ihn in Not, was treibt ihn in Kriminalität? Das ist nicht er selbst, das ist eine Gesellschaft, die ihm keine Perspektive geben kann. Jugend arbeitslosigkeit, der Druck in Schule und Betrieb sind es, die heute die Lage der Jugendlichen bestimmen. Orientierungslosigkeit und Resignation machen sich bei immer mehr Jugendlichen breit. Diese miserable Lage der Jugendlichen muß sich ändern, dies ist das einzige Mittel gegen Jugendkriminalität. Die Einführung der Jugendpolizei ist nur ein Bestandteil einer

Kette von Maßnahmen, die der Staat ergriffen hat, um immer stärker in das Leben der Jugendlichen einzugreifen. In allen Lebensbereichen verschärft sich die Überwachung und Kontrolle. Angst und Duckmäusertum machen sich breit, stillhalten soll erzwungen werden. Ein unter den Jugendlichen berufsmäßig herumschnüffelnder Polizist wird keine Jugendkriminalität verhüten. Er wird allerhöchstens die ohnehin äußerst bescheidenen Erfolge von Sozial-

arbeitern wieder zunichte machen. In der ganzen BRD haben sich heute fast 50 Initiativen gegen die JuPos gegründet. Sie arbeiten auf Landesebene zusammen, tauschen Informationen aus und organisieren den gemeinsamen Kampf. In den JuPo - Initiativen arbeiten Jugendliche aus Jugendheimen, Schulen und Betrieben eng zusammen. So haben sich auch die DGB - Jugend und viele Schülervertretungen gegen die JuPos ausgesprochen! In NRW wird am 15. September eine landesweite Demonstration stattfinden, und die Baden - Württemberger bereiten für Oktober Aktionstage vor.

von einem Sozialarbeiter aus Köln

VORAN-Interview mit einem Veteranen der britischen Arbeiterbewegung:

»LANGE WIRD ES NICHT MEHR DAUERN, BIS ES EINE RIESIGE STREIKWELLE GIBT.«

Großbritannien nach dem Wahlsieg der Konservativen vor neuen Klassenkämpfen – Linksruksch in Arbeiterpartei und Gewerkschaften

Bei den britischen Parlamentswahlen am 3. Mai 1974 im Amt befindliche Labour Party (Arbeiterpartei) eine drastische Niederlage. Die "Tories" (Konservativen) unter der Führung von Thatcher gewannen 3 Millionen mehr Stimmen als vor 5 Jahren und überrundeten damit Labour um fast 2 Millionen Stimmen. VORAN sprach mit Dudley Edwards über dieses Wahlergebnis, seine Hintergründe und die weiteren Perspektiven Großbritanniens. Dudley ist 73 Jahre alt, Mitglied der Labour Party und der Metallergewerkschaft AUEW und zeitlebens in der Arbeiterbewegung aktiv. Im Juni war er 2 Wochen in der BRD, wo er unter anderem bei Veranstaltungen in Hamburg, Remscheid, Köln und Aachen sprach. Er ist Anhänger des marxistischen Flügels in der Labour Party, der sich um die Zeitung MILITANT gruppiert.

Wahlniederlage

VORAN: Worin liegt der Grund für die hohe Wahlniederlage Labours?

DUDLEY: Die bürgerliche Presse redet von einer "klaren Absage an die 'sozialistische' Politik der gestürzten Labour-Regierung durch die Wähler". Das ist natürlich Quatsch, weil die natürlich-Regierungspolitik nicht im geringsten sozialistisch war. Die Parteirechte schiebt die Schuld auf die Gewerkschaften, auf ihre "extremen" Forderungen und die Streikwelle im Winter, die dem Ansehen der Labour Party bei den Wählern geschadet hätten. Klar, es war gewiß nicht sehr angenehm für die Bevölkerung im Winter: 3 m hohe stinkende Müllberge in den Straßen Londons - weil die Müllmänner streikten; oder stellt Euch vor, ihr müßt auf der Straße dringend eine öffentliche Toilette aufsuchen und ihr könnt nicht - weil die Toilettenfrauen streiken; oder man kann tagelang keine Toten beerdigen, weil die Totengräber streiken! Gewiß wünscht sich niemand solche Zustände.

Aber die Formel "Streiks machen Labour unpopulär" ist zu simpel. Denn bei den letzten Wahlen 1974 (als die Konservativen an der Regierung waren) war die Situation noch viel schlimmer: 2 Bergarbeiterstreiks hatten das Land fast lahmgelegt, überall wurde nur eine 3-Tage-Woche gearbeitet, zeitweise war nicht mal genug Strom da, um ein Ei zu kochen, ganze Städte waren ohne Licht! Trotzdem hat Labour damals die Wahlen gewonnen...

Streikwelle

VORAN: Warum kam es denn überhaupt zu der Streikwelle im letzten Winter?

DUDLEY: Weil der Lebensstandard der meisten Arbeiter sank und sank - der größte Rückgang seit 100 Jahren! Noch vor 5 Jahren hatte die Labour-Führung versprochen, "eine fundamentale und nicht rückgängig zu machende Umverteilung der Macht und des Reichtums zugunsten der arbeitenden Menschen und ihrer Familien herbeizuführen und die Armut in Großbritannien auszurotten, wo immer sie existiert". Eine Umverteilung hat stattgefunden - nur in die entgegengesetzte Richtung! Armut wurde nicht ausgerottet - sondern sie ist neu entstanden: in Liverpool-Speke z. B., einem Stadtteil, in dem die Arbeitslosigkeit auf sage und schreibe 33 % angewachsen ist, mußte unter der Schirmherrschaft der Labour Party eine tägliche kostenlose Speisung mit Wassersuppe für die Armen eingeführt werden! Solche Zustände glaubten wir seit den 30er Jahren eigentlich überwunden zu haben.

Unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds, der riesige Kredite gegeben hatte, führte die Labour-Regierung gewaltige

Kürzungen bei allen Sozialausgaben durch: Gesundheit, Bildung, Sozialversicherungen, Mietsubventionen. Man kann sich kaum vorstellen, wie gerade die Ärmsten zur Ader gelassen werden! Ein Drittel aller Krankenhäuser werden geschlossen, die Hälfte aller Pädagogischen Hochschulen dichtgemacht. So etwas hatte man bisher nur den Tories zugetraut, aber nicht unserer eigenen Partei.

Eine harte Einkommenspolitik mit 5 % Obergrenze bei Lohnerhöhungen ließ natürlich gerade die niedrig bezahlten Schichten bluten, bei einer Inflationsrate von 15 % und mehr! Ist es da ein Wunder, daß gerade diese Schichten - nach 4 jährigem Warten auf die Erfüllung der Regierungsversprechungen - im letzten Winter endgültig die Schnauze voll hatten? Daß sie nicht mehr länger warten wollten? Daß sie sich durch Streiks einen Ausgleich verschaffen wollten?

VORAN: Wie stellte sich die Regierung zu den Streiks?

DUDLEY: Sie stellte sich offen dagegen. Die Forderungen waren sehr mäßig, verglichen mit all den harten Opfern der letzten 4 Jahre. Eine Forderung war z. B. ein Mindestlohn von 60 Pfund pro Woche (1 Pfund entspricht ungefähr 4 DM) Kann man erwarten, daß die Hunderttausende, die im letzten Winter für einen Existenzlohn gekämpft haben, eine Partei wählen, deren Führung von Hunger erlöhrt, weiterhin für Hungerlöhne zu arbeiten? Da war es fast noch überraschend, daß Labour 100.000 Stimmen mehr erhalten hat als 1974...

Anti-Gewerkschafts-Propaganda

VORAN: Wie kommt das zustande? Weshalb haben die Tories trotz dieses Stimmengewinns gewonnen?

DUDLEY: Weil die Tories eben 3 Millionen Stimmen dazugewannen, hauptsächlich aus dem Lager der Liberalen (die viel verloren), aus den Mittelschichten und dem Kleinbürgertum und von einigen rückständigen Arbeitern. Trotz allen Rückschritten, die die Arbeiterklasse unter Labour erlitten hat, blieben ihre Stimmen im großen und ganzen loyal bei Labour. Aber mit dieser Politik kann man natürlich keine neuen Stimmen dazugewinnen. Nur die Tories haben mit ihrer reaktionären Anti-Gewerkschafts-Propaganda das Kleinbürgertum gewonnen...

VORAN: Wie hat Labour diese Propaganda gekontert? Welches Programm wurde von der Führung überhaupt verfochten?

DUDLEY: Die Führung hat überhaupt kein positives Programm für ihre Wähler angeboten. Sie hat nur die Notwendigkeit weiterer Sparmaßnahmen und Opfer "begründet" und gesagt: "Aber die Tories würden noch viieeel mehr Opfer von Euch verlangen." Im übrigen hat der Parteiführer Callaghan nur die

Tories nachgeöff: Wenn die Tory-Führerin Thatcher an einem Abend im Fernsehen die Gewerkschaften angegriffen hat und gefordert hat, diese an die Leine zu legen, dann hat Callaghan dies in seiner nächsten Wahlrede ebenfalls gemacht. ... Wenn die Tories demagogisch Steuerkürzungen versprochen haben, dann hat Callaghan dies am nächsten Tag ebenfalls getan. Die Angriffe Callaghans auf die Gewerkschaften haben natürlich nicht gerade dazu geführt, daß die Parteimitglieder begeistert Wahlkampf gemacht haben. Die Labour Party ist nämlich ziemlich eng mit den Gewerkschaften verbunden. Wenn beide Parteien dann sagen, daß die Gewerkschaften gezügelt werden müßten, wenn niemand sie verteidigt, nicht einmal Labour, dann sind die Tories natürlich glaubwürdiger. Die nicht organisierten Arbeiter und das Kleinbürgertum, die auf diese Propaganda hereingefallen sind, glaubten eher, daß die Tories es ernst meinen damit. Deshalb haben sie konservativ gewählt. Und die organisierten Arbeiter, die traditionellen Labour-Wähler, die wußten natürlich, was ihnen blüht, wenn Thatcher an die Macht kommt. Diese Dame hat nämlich gedroht, fundamentale Rechte der Gewerkschaften abzubauen! Deswegen haben diese Arbeiter im großen und ganzen weiterhin Labour gewählt. Deshalb hat die Labour Party sogar 100.000 Stimmen dazugewonnen...

Politik Thatchers

VORAN: Welche Politik haben die Konservativen seit der Regierungsübernahme verfolgt?

DUDLEY: Die neue Regierung führt einen brutalen Klassenkampf von oben mit katastrophalen Auswirkungen auf die Situation der Arbeiterklasse, wenn wir sie gewähren lassen. Wir waren ja schon einiges gewohnt von der letzten Labour-Regierung, die den Lebensstandard um ca. 10 % gekürzt hat. Aber was die Tories vorhaben, das wird die Kürzungen der Labour-Regierung weit in den Schatten stellen. Nach knapp 3 monatiger Amtszeit hat die Thatcher-Regierung ihre wichtigsten Wahlversprechen schon ausgeführt. Anhand der in England getroffenen Maßnahmen könnt Ihr Euch in der Bundesrepublik gut vorstellen, was auf Euch zukommt, sollte Strauß nächstes Jahr Kanzler werden. Als erstes erhöhte die neue Regierung die Gehälter - sogar rückwirkend! - für Polizei (bis zu 55 %) und Arme (32 %)! Die Tories bereiten sich und den bewaffneten Staatsapparat eindeutig auf scharfe Klassenkämpfe gegen die Arbeiterbewegung vor. Durch die Lohnerhöhungen für Polizisten und Berufssoldaten wollen sie sich deren Loyalität bei den kommenden Auseinandersetzungen erkaufen...

VORAN: Und was ist mit den versprochenen Steuersenkungen?

DUDLEY: Oh ja - die wurden durchgeführt! Die Tories wissen natürlich auf welcher Seite ihr Brot geschmiert ist. Deshalb senkten sie auch auf einen Schlag den Spitzensteuersatz für die Reichen von 83 % auf 60 %. Das bringt einigen Konzerndirektoren natürlich 500.000 DM und mehr an jährlichem Nettoverdienst ein. Für durchschnittliche Verdienner wurde die Lohnsteuer lediglich von 33 % auf 30 % gesenkt. Das bringt einem gutbezahlten Facharbeiter mit

400 DM Wochenverdienst erbärmliche 10.-DM mehr in die Lohntüte. Die vielen schlecht bezahlten Arbeiter mit 200 DM Wochenverdienst kriegen ungerechnet nur 5.-DM mehr. Und die besonders Bedürftigen - nämlich die, die noch unter der Lohnsteuergrenze verdienen - die kriegen gar nichts.

Aber was den Arbeitern mit der linken Hand als Zuckerbrot gegeben wurde, das - und noch mehr! - wurde ihnen mit der rechten wieder aus der Tasche gezogen. Denn gleichzeitig mit den Einkommenssteuersenkungen wurde die Mehrwertsteuer fast verdoppelt - von 8 % auf 15 %! Diese Maßnahme allein wird 16 Mrd. DM zusätzlich in die Staatskasse bringen - mehr, als die ganze Einkommenssteuer-Show kostet. Die Tories verteilen gegenwärtig ganz massiv den Reichtum um; den Armen wird genommen, den Reichen gegeben; die Armen werden noch ärmer, die Reichen noch reicher.

Kürzungen

VORAN: Was haben die britischen Arbeiter von der neuen Regierung sonst noch zu befürchten?

DUDLEY: Für ärztliche Rezepte, die früher kostenlos waren und die unter Labour 40 Pfennig kosteten,



Dudley Edwards bei einer Rede

müssen jetzt 2.-DM bezahlt werden. Die Inflationsrate wird bis Jahresende wohl wieder auf mehr als 20 % hochschnellen. Der Haushaltsentwurf der Regierung sieht Kürzung der Staatsausgaben in Höhe von fast 30 Mrd DM vor. Das bedeutet: noch mehr Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser werden geschlossen werden, neue Sozialwohnungen werden nicht mehr gebaut, bestehende werden an Spekulant verschleißt, 20.000 Arbeitsplätze in den kommunalen Verwaltungen werden wegfallen, weitere 140.000 Jobs werden in den Behörden für soziale Dienstleistungen gekappt und insgesamt wird es in 12 Monaten wohl 500.000 Arbeitsplätze weniger geben.

Joe Gormley, der Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft sprach vielen aus dem Herzen: "Dieser Haushaltsplan ist gut für Leute, die nie krank werden, die weder rauchen noch trinken, die bereit sind, weniger zu essen, und die nicht mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen!"

Widerstand

VORAN: Wie kommen diese Maßnahmen bei den Arbeitern an?

DUDLEY: Bereits jetzt gibt es eine riesige Empörung. Bei Meinungsumfragen liegt die Labour Party schon wieder weit in Führung. Lange wird es nicht dauern, bis es eine riesige Streikwelle gibt, vielleicht entwickelt sich in den nächsten 5 Jahren sogar ein Generalsstreik. Die schottischen

Bergarbeiter, die schon beim Sturz der letzten konservativen Regierung 1974 eine Schlüsselrolle gespielt haben, fordern jetzt 60 % Lohnerhöhung. Im Öffentlichen Dienst werden die nächsten Monate Hunderttausende in den Streik treten. Thatchers Versuche, die Gewerkschaften eine Zwangsjacke anzulegen und die Macht der Gewerkschaften einzuzengen, wird scheitern. Gesetze, die sie in diesem Sinne erlassen wird, werden ein leeres Stück Papier bleiben, weil die Gewerkschaftsmitglieder sich so empören werden, daß sie sich aktiv zur Wehr setzen werden. Die mehr als 11 Millionen im Dachverband TUC organisierten Gewerkschafter stellen zusammen mit ihren Familien die Mehrheit der Bevölkerung dar. Wenn sie um ein klares Programm geschart und von einer kämpferischen Führung mobilisiert werden, dann kann nichts sie aufhalten.

Linksruksch

VORAN: Welche Auswirkungen hat die Wahlniederlage auf die Entwicklungen innerhalb der Labour Party?

DUDLEY: Bereits jetzt läßt sich sagen, daß die Parteibasis ein erhebliches Stück nach links gegangen ist. Die Unzufriedenheit mit der Führung ist riesengroß. Auf dem nächsten Parteitag im Oktober wird es um eine innerparteiliche Demokratisierung gehen. Das ist eine der Lehren, die die Mitglieder aus ihren Erfahrungen mit der Parteiführung gelernt hat. Bereits jetzt liegen eine Reihe von Anträgen vor, die eine scharfe Kontrolle der Basis über die Funktionäre und ihre Politik fordern: Parlamentsabgeordnete dürfen nicht immer wieder automatisch die Kandidaten sein und der Parteiführer muß in Zukunft vom Parteitag und nicht von der Parlamentsfraktion gewählt werden. Sollten diese Änderungen durchkommen, dann werden eine ganze Reihe von extrem Rechten "Neandertal-Funktionären" ihre bequemen Posten verlieren und möglicherweise eine Abspaltung inszenieren. Die Basis wird nämlich eindeutig linksreformistische Abgeordnete wählen. Auch Callaghan wird dann nicht mehr Parteiführer werden, sondern viel eher ein Mann wie Tony Benn, der den Zug der Zeit erkannt hat und in Worten mit der Basis nach links geht. Mit den Erfahrungen, die wir in den nächsten Jahren mit den Tories machen werden, wird sich die britische Arbeiterklasse noch viel weiter radikalisieren. Das wird auch Auswirkungen innerhalb der Partei haben. Leute, die ein konsequent sozialistisches Programm vertreten, und unsere Strömung - die MILITANT - Tendenz - werden weiter an Boden gewinnen.

Wirtschaftlicher Niedergang

VORAN: Wie stellt sich gegenwärtig die wirtschaftliche Lage in Großbritannien dar? Seid ihr der Meinung, - wie manche Kollegen - daß die Kapitalisten die Krise bewußt herbeigeführt haben, um die Labour-Regierung kaputt zu machen?

DUDLEY: Kein Kapitalist führt absichtlich eine Krise herbei, die seinen Absatz und seinen Profit gefährdet, um eine Regierung zu stürzen, die nichts gegen ihn hat. Die Wirtschaftskrise in Großbritannien ist auch nicht vorübergehender konjunktureller Natur. Was wir jetzt erleben, ist nur der Tiefpunkt eines langfristigen chronischen Niedergangs des britischen Kapitalismus. Vor 100 Jahren wa-

ren die britischen Imperialisten die Herren über die Weltkugel. Heute stehen sie im 3. oder 4. Glied der Mächte. Warum dieser Niedergang? Warum ist die britische Industrie heute im internationalen Vergleich so unproduktiv? Nicht weil die britischen Arbeiter faul sind und zu oft streiken! Tatsächlich existiert in Großbritannien eine effektive Wochenarbeitszeit, die viel höher ist als in den meisten anderen Industrieländern. Viele Kollegen müssen wegen der niedrigen Löhne oft erhebliche Überstunden machen. Warum also stellt ein britischer Arbeiter 7 Autos her, während ein japanischer Kollege in der gleichen Zeit 49 Autos produziert? Weil er viel weniger moderne technische Hilfsmittel zur Verfügung hat! Warum hat er weniger Maschinen? Weil die britischen Kapitalisten es über Jahrzehnte hin versäumt haben, ihre Profite wieder in die einheimische Industrie zu investieren; den Produktionsapparat zu modernisieren. Die britischen Unternehmer haben ihre geschichtliche Rolle seit langem ausgespielt. Sie haben ihre fortschrittliche Funktion längst verloren. Sie sind heute nichts anderes als ein Haufen Schmarotzer. Sie haben mit den Profiten, die sie durch die Produktion der Arbeiter kassierten, alles mögliche gemacht: sie haben sie für ihren Luxus verpraßt; sie haben Spekulationsgeschäfte an den Währungsmärkten, am Goldmarkt, mit Grundstücken und Häusern, mit Briefmarken und Antiquitäten betrieben... Alles haben sie mit ihrem Geld gemacht, nur nicht das, was im Kapitalismus eigentlich zählt: Investitionen in die produktive Industrie. Sie sind ziemlich schlechte Kapitalisten geworden, die anscheinend nicht mehr wissen, wie gesellschaftlicher Reichtum zustande kommt: durch Produktion. Deshalb ist der britische Anteil der Weltproduktion an Fertigwaren seit 1945 von 20 % auf heute 9 % gesunken, bei Autos von 11 % auf 5 % bei Motorrädern von 90 % auf weniger als 1 %. Der britische Imperialismus, der einst von seinen Kolonien schmartzogen konnte, wurde mehr und mehr von seinen Konkurrenten

überbrundet und vom Weltmarkt verdrängt. Die BRD hatte noch 1954 ein um 9 % niedrigeres Brutto-Produkt als Großbritannien, heute ist es um 65 % höher! Dieser relative Niedergang der britischen Industrie wurde in den letzten 30 Jahren dadurch verdeckt, daß die Weltmärkte sich absolut ausdehnten, in einem Maße, wie es die Geschichte noch nie gesehen hatte. Aber seit der Krise 1974/75, seit die Expansion der Märkte zum Stillstand kam und teilweise sogar wieder schrumpfen, schlägt der relative Niedergang der britischen Industrie in einen absoluten Niedergang um. Zuerst wurden unsere Unternehmer auf dem Weltmarkt aus dem Feld geschlagen, inzwischen können sie sich nicht einmal mehr im Inland gegen die Auslandskonkurrenz behaupten: letztes Jahr ging die Produktion britischer Industriegüter um 1 % zurück, während gleichzeitig die Einfuhr solcher Güter um 13 % anstieg! Das Wirtschaftsblatt "ECONOMIST" sprach kürzlich von "einem nicht mehr rückgängig zu machenden Niedergang des britischen Kapitalismus". Ich glaube, es hat recht....

Kapitalflucht

VORAN: Was unternehmen die britischen Unternehmer gegen diese Situation?

DUDLEY: Sie werden die Arbeiter noch mehr zur Kasse bitten. Sie wollen aus dem britischen Proletariat die Kulis Europas machen und das Lohnniveau noch weiter herunterrauben. Sie werden alles tun... außer in die inländische Industrie zu investieren!! Mit Spekulationsgeschäften kann ein Reicher heute in Großbritannien mehr (Papier-)Geld gutmachen - bis zu 20 %! - als mit Investitionen in eine ohnehin schon unproduktive Industrie, die nur Profitraten von 3-6 % abwirft. Solche Spekulationsgewinne bereichern zwar den Spekulant (falls er Erfolg hatte), aber sie führen nicht zur Schaffung von Mehrwert. Spekulation schafft keinen gesellschaftlichen Reichtum, sondern verteilt nur um.

Der Zug ist längst abgefahren, die britische Industrie ist bankrott. Die Kapitalisten betreiben schon seit langem eine Kapitalflucht und investieren nur noch ins Ausland: der Anteil der Direktinvestitionen ins Ausland am Brutto-



tosozialprodukt betrug 1975 sage und schreibe 13,2 %! (Vgl. BRD: 3,8 %)

VORAN: Unternimmt der Staat nichts gegen solche Tendenzen?

DUDLEY: Der kann nicht viel machen, selbst wenn er wollte. Früher gab es noch eine 25%ige Sondersteuer auf alle Auslandsinvestitionen. Die wurde jetzt von der neuen Regierung aufgehoben. Statt die Kapitalflucht zu bremsen, geben die jetzt Vollgas! Die britische Kapitalistenklasse hat anscheinend jedes Augenmaß verloren. Sie weiß anscheinend nicht mehr, wie ihr eigenes System funktioniert. Einige ihrer Wirtschaftstheoretiker haben jetzt ganz verrückte und verworrene Pläne entwickelt, um aus der Krise rauszukommen und Britannien wieder "groß" zu machen. Sie sagen: "Unsere Industrie ist nicht mehr zu retten. Wir können den Rückstand nicht mehr aufholen. Wir müssen halt die "lahmen Enten sterben lassen". Wir müssen uns auf andere Teilgebiete der Wirtschaft stützen: Wir sollten das Dienstleistungszentrum und das

Finanzzentrum der Welt werden. Da liegt unsere Stärke!" Das ist ein verrücktes Konzept. Es wird nur zu 4 oder 5 Millionen Arbeitslosen führen und zu revolutionären Explosionen, weil die Arbeiter dies nicht hinnehmen werden.

Sozialistische Lösung

VORAN: Welcher Ausweg besteht denn überhaupt? Wie kann die Krise überwunden werden?

DUDLEY: Auf kapitalistischer Grundlage wird es überhaupt keinen Ausweg geben. Nicht einmal die geringsten Reformen sind noch möglich. Das haben wir jetzt mit der letzten Labour-Regierung erlebt: Aus Reformversprechen sind Gegenreformen geworden. Reformistische Politik, die wenigstens kleine Erfolge vorweisen kann, ist tot. Sie konnte nur unter Bedingungen des weltwirtschaftlichen Aufschwungs funktionieren. Die letzte Labour-Regierung war nicht bereit, konsequent mit dem Kapital zu brechen. Stattdessen hat sie sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und der Großkonzerne unterworfen und in deren Auftrag Angriffe auf die Erziehung der Arbeiterklasse durchgeführt. Deshalb hat sie auch die Wahlen verloren.

Nur die Enteignung der Großkapitalisten, die Nationalisierung der Industrie, die Organisierung der Produktion im Rahmen eines vernünftigen volkswirtschaftlichen Plans, und das alles unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung - das wird die Lage der britischen Arbeiter wieder verbessern können. Erst wenn wir die Industrie in unseren Händen haben, werden wir jedem einen Arbeitsplatz, eine 35-Stunden-Woche, einen wöchentlichen Netto-Mindestlohn von 300.-DM, eine anständige Wohnung und freie Bildung und Gesundheitsversorgung bieten können.

Kürzlich haben Mathematiker ausgerechnet, daß die konsequente Anwendung der Mikroelektronik auf das britische Eisenbahnsystem dazu führen wird, daß nur noch 4% des Personals benötigt wird! Im

Kapitalismus wird dies dazu führen, daß 96 % des Personals entlassen werden - in einer Planwirtschaft dazu, daß jeder nur noch 4 % der bisherigen Arbeitszeit arbeiten muß und trotzdem noch denselben Lebensstandard genießen kann. Deshalb trete ich für eine demokratische Planwirtschaft ein, deshalb unterstütze ich das marxistische Programm der Zeitung MILITANT.

Erstarkung der Marxisten

VORAN: Wie stark ist die Position der Marxisten in der Labour Party? Wie stark ist ihr Einfluß in den Gewerkschaften?

DUDLEY: Die Parteijugend (Labour Party Young Socialists), die über ca. 7000 aktive Mitglieder verfügt, steht eindeutig hinter uns. Wir haben inzwischen die absolute Mehrheit der Parteimitglieder in wenigstens 7 Unterbezirken der Partei fest hinter uns. Dort werden wir auf jeden Fall die Kandidaten zum Parlament stellen. In 30 weiteren Unterbezirken der Partei haben wir einen ziemlich starken Einfluß. Wir haben gute Chancen, auch dort eine volle und felsenfeste Unterstützung für unser Programm zu erreichen.

Auf Parteitaggen schaffen wir es ziemlich oft, unsere Anträge und Entschlüsse durchzubringen, aber dies nützt natürlich wenig, solange die Rechten noch in der Führung hocken und letzten Endes doch machen, was sie wollen. Aber das wird sich hoffentlich bald ändern...

Unseren Einfluß in den Gewerkschaften konnten wir in den letzten Jahren ebenfalls stark ausbauen. In einigen Gewerkschaften sind wir bereits die linke Opposition innerhalb des Vorstandes.

Bestimmt wird es uns gelingen, in den bevorstehenden Klassenkämpfen noch mehr Einfluß zu erlangen. Ein starker Linksruck in der Labour Party, wie er möglicherweise bevorsteht, wird unsere Position nur stärken. Ich bin sicher, daß wir eines Tages die überwältigende Mehrheit der britischen Arbeiter für unser Programm gewinnen und an die Macht führen werden.

STRAUSS - EINE HERAUSFORDERUNG

Nach jahrelangem Hin und Her, nach unaufhörlichen Diskussionen über eine Spaltung zwischen CDU und CSU und einen geeigneten Kanzlerkandidaten für die Wahl 1980, herrscht seit dem 2. Juli entgültige Klarheit: Franz Josef Strauss, schon seit Jahren die graue Eminenz und Drahtzieher Nr. 1 der CDU/CSU, soll die Union 1980 zum Sieg und damit zum Sturz der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung führen.

"Einen Tag nach seiner Nominierung stiegen in Frankfurt die Aktienkurse", meldete der "Stern" Nr. 29. So reagierten die großkapitalistischen Kreise auf die Kürnung eines ihrer besten Interessenvertreter.

* Strauss sieht, daß die Staatsschulden wegen Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und üppiger direkter und indirekter Unternehmenssubventionen in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Wenn ab 1980 nun eine neue Weltwirtschaftskrise hereinbricht, wird sich diese Staatsverschuldung verschärfen, und damit auch die Gefahr weiterer Inflation wachsen. Strauss will die Staatsausgaben vor allem für Soziales, Bildung und allgemein nützliche Einrichtungen abbauen. An Unternehmenssubventionen und Rüstungsausgaben wird er ganz sicher nicht den Rotstift anlegen. So stopft der Staat das Geld das uns direkt oder indirekt zustehen sollte, in die Rachen der Konzerne.

* Strauss weiß, daß die Konflikte in der Gesellschaft zunehmen werden. Aus der Sicht des Kapitals wird es deshalb notwendig werden, diesen Staatsapparat mit all seinen Organen zu stärken: Bundeswehr,

Polizei, Grenzschutz. Um Gottes Willen - hier bloß nicht sparen! Es sei denn bei den einfachen Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst. Und nach dem "Modell Bayern" müssen dann natürlich alle "unsicheren" Elemente "herausgesäubert" werden, denn was nützt dem Kapital ein Staatsapparat, dessen Beamte statt zu gehorchen, eines Tages zu denken anfangen.

* Strauss sieht natürlich auch ganz realistisch, daß hinter unseren Gewerkschaften eine Kraft steckt, die zur Bedrohung für das Kapital werden kann - nicht wegen der "Besonnenheit" unserer Gewerkschaftsführer, sondern wegen des Drucks von der Basis. CSU-Generalsekretär Stoiber hat bereits von der Gefahr gesprochen, daß die Gewerkschaften den Marxisten "in die Hand fallen" werden und mit der Idee einer Bayerischen Staatsgewerkschaft laut über Gewerkschaftsspaltung nachgedacht. Auf jeden Fall sind von einer Regierung Strauss Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten zu erwarten.

* Strauss weiß, daß eine stabile kapitalistische BRD nur in einer stabilen kapitalistischen Umwelt bestehen kann. Er sieht auch, daß Entwicklungen wie im Iran oder Nicaragua direkt oder indirekt auch das Kapital in der BRD gefährden. Deshalb ist seine Außenpolitik darauf ausgerichtet, reaktionäre Regimes und reaktionäre, bis faschistische Bewegungen in aller Welt zu stützen (siehe seine Besuche in Chile, Griechenland etc.).

Hinter den ewigen Streiterei-

en innerhalb der CDU/CSU steckt die tiefgreifende Polarisierung im Lager des Kapitals, die zum Konflikt zweier Flügel geführt hat. Beide Flügel wollen natürlich am besten dem Kapital dienen, aber sie sind sich nicht einig, wie sie dies erreichen können:

Die einen, eher liberalen Kräfte, wollen mit dem Zuckerbrot von Reformen bzw. Reförmchen die starke Arbeiterklasse ruhig halten und integrieren. Die anderen, reaktionären Kräfte, erkennen die Notwendigkeit, mit der Peitsche die Arbeiterklasse zu zähmen, bevor sie zu einer Gefahr für das Kapital werden kann.

Offensichtlich hat sich innerhalb der herrschenden Klasse ein Rechtsruck vollzogen und kommen jetzt immer mehr von ihr zu dem Schluß, daß die Schönwetterzeiten des Kapitalismus vorüber sind und neue soziale Stürme bevorstehen und daß deshalb die bisherigen "normalen" Mittel der Integration bzw. Unterdrückung der Arbeiter nicht mehr ausreichen werden. Nicht wenige ernsthaft Planer des Kapitals wissen auch, daß sie früher oder später der Arbeiterklasse den Bürgerkrieg erklären müssen. Nur ist dies viel leichter gesagt als getan, denn wie oft haben Unterdrückungsversuche nicht schon genau das Gegenteil dessen bewirkt, was sie eigentlich bewirken sollten. Und Strauss weiß auch, wie viele Militärdiktaturen auf der Welt schon wie Kartenhäuser zusammengekracht sind. Wenn jetzt immer mehr Kapitalisten offensichtlich der Meinung sind, daß sie ohne Strauss nicht auskommen können, dann ist dies ein Zeichen ihrer Schwäche. Sie sehen

deutlich, daß uns in den 80er Jahren neue Weltwirtschaftskrisen, eine steigende Arbeitslosigkeit und größere gewerkschaftliche Kämpfe bevorstehen, daß sich die Masse der Arbeiter nicht die Butter vom Brot nehmen lassen wird. Und sie müssen unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß ein Mann wie Kohl nie mit derartigen "Bedrohungen" fertig werden würde.

Die Wahl von Carstens und die Nominierung von Strauss sind also keineswegs ein Anzeichen für einen allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft, sondern deuten auf eine Kräfteverschiebung innerhalb der herrschenden Klasse hin. Das Kapital hat seine Apparate und Stäbe bezahlter Planer und Strategen, die nur dazu dienen, das Gesamtinteresse der Kapitalisten zu verfechten. Zwar besitzt die organisierte Arbeiterbewegung auch starke und mächtige Apparate, doch leider scheinen viele unserer Arbeiterführer nichts Besseres im Sinn zu haben, als sich mit dem Kapital zu versöhnen. Es war doch unsere SPD-Führung, die 1966 Hals über Kopf sich in die Große Koalition mit der CDU/CSU stürzte und dadurch gerade den durch zahlreiche Skandale und Affären ins Zwielicht geratenen Strauss wieder salonfähig gemacht hat.

Die Angst vor Strauss war schon bisher ein wichtiger Grund dafür, daß viele Arbeiter, Jugendliche und Rentner weiterhin regelmäßig SPD wählen, obwohl sie von der Politik der mehrheitlich aus SPD bestehenden Bundesregierung enttäuscht sind. Auch im kommenden Wahljahr werden viele wieder die SPD unterstützen, weil nur sie eine Machtübernahme durch

otraum verhindern kann. Es ist durchaus zu erwarten, daß es wieder zu einer allgemeinen Polarisierung kommt, wie dies schon 1972 der Fall war, als Strauss und Barzel versuchten, die Macht zu erringen.

Aber schon hat Helmut Schmidt versucht, die Stimmung der Parteibasis der SPD zu dämpfen und zu einem "besonnenen" und "sachlichen" Wahlkampfstil aufzurufen. Weshalb? - so mag man fragen. Ist unsere Parteiführung nicht gerade jetzt darauf angewiesen, daß die kleinen Mitglieder im ganzen Land mit Begeisterung und Schwung in den Wahlkampf eingreifen und genau wissen, wofür sie kämpfen? Anbiedern vor Strauss und dem Kapital kann uns keine neuen Wähler bringen.

Es wird in diesem Wahlkampf darauf ankommen, nicht nur die "boshafte", "unsympathische" und "polternde" Persönlichkeit zu bekämpfen, sondern diejenigen, die hinter ihm stehen: das Großkapital und alle sonstigen Herrschaften, die handfeste Privilegien zu verteidigen haben.

Denn sie sind es, die langsam aber sicher jetzt wieder die Katze aus dem Sack lassen, die liberale Fassade ablegen und Leute wie Strauss in die Schlacht schicken.

Und falls es 1980 doch gelingen sollte, eine Strauss-Regierung zu verhindern, wird auch die SPD-Führung früher oder später vor der breiten Masse ihrer Anhänger Farbe bekennen müssen. Denn nur dauernd im Wahlkampf Dreckarbeit für die SPD zu machen, um die Person Strauss von der Macht fernzuhalten, ansonsten aber wieder müde CDU-Politik vorgesetzt zu bekommen - dies wird auch das geduldigste SPD-Mitglied, der geduldigste Anhänger unserer Partei nicht ewig mitmachen.

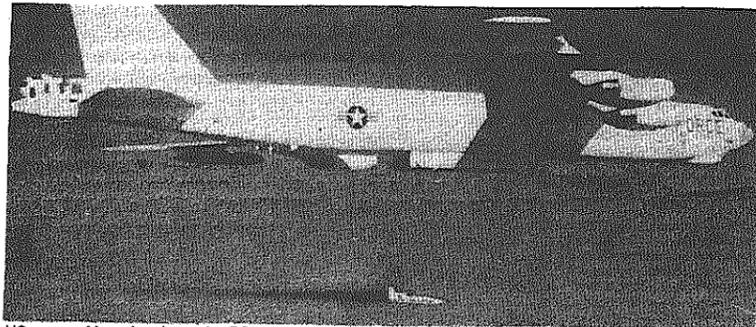
von Ingolf Becker, SPD-Mitglied

Zum Antikriegstag am 1. September: ABRÜSTUNG — ABER WIE?

von Kurt Pfeifle
und Hubert Batsch

Hand geben, die allein noch wirksam sein wird, falls ihre Ideologie und ihre Massenmedien versagen und nicht mehr die Köpfe der Arbeitnehmer beherrschen.
Deshalb ist es auch eine Illusion, an die Menschenfreundlichkeit und die Vernunft dieser Herrschaften zu appellieren, um sie dadurch zu einer vollständigen Abrüstung zu bewegen.

Der 2. Weltkrieg blieb allen einfachen Menschen, die unter seinen schrecklichen Folgen litten, als ein Geschehen in Erinnerung, das sich nie wiederholen darf. Selbst die damaligen und heutigen Führer der Reaktion (wie Adenauer und Strauß) beteuerten, daß alles, was einen Krieg überhaupt erst möglich machen würde, z. B. Armeen, Waffen, auf deutschem Boden nichts mehr zu suchen hätten. "Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen..." hatte der heutige CDU/CSU-Kanzlerkandidat Strauß nach dem Krieg erklärt. Mit dieser Äußerung mußte er sich der antimilitarischen Stimmung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung unmittelbar nach 1945 anpassen.



US-amerikanischer B-52-Bomber mit ausgeklinkter Cruise Missile.

Doch nur wenige Jahre später betrieben dieselben Vertreter des Großkapitals mit allen Kräften die Wiederaufrüstung und den Aufbau der Bundeswehr. Alle, die dieser Entwicklung damals Widerstand leisteten, wurden kurzerhand zu Staatsfeinden oder Kommunistenfreunden erklärt.

Frieden ?

In Europa wiegt man sich heute im Gefühl des Friedens. Doch weltweit führten die kapitalistischen Staaten seit 1945 eine ununterbrochene Serie von Kriegen, hauptsächlich in der kolonialen Welt. Über 200 "kleinere" Kriege mit ungefähr 25 Millionen Toten mußten die betroffenen Völker über sich ergehen lassen. Die beutegierigen Imperialisten griffen zu Völkermorden, Napalmbomben, künstlich herbeigeführten Hungersnöten und Überschwemmungen, um die Aufstände jahrhundertlang unterdrückt und bis auf's Blut ausgepresster Kolonialvölker niederzuhalten. Diese Kriege stellten - jeder für sich genommen - oftmals die Materialschlachten des 2. Weltkriegs weit in den Schatten. Trotzdem erlitten die imperialistischen Kriegsmaschinerien in Korea, Indochina, Angola, Moçambique usw. letztlich Niederlagen gegen die von der einheimischen Bevölkerung unterstützten Befreiungsbewegungen.

Vernichtungspotential

Obwohl der Imperialismus in den letzten Jahrzehnten weltweit zu einem langsamen (aber hartumkämpften und grausigen Opfer kostenden) militärischen Rückzug gezwungen wurde, ist der Rüstungswettlauf nicht beendet. Im Gegenteil: mit der Entwicklung der Atombombe durch die USA setzte er sich beschleunigt auf "höherer" Stufe fort. Seit dem Ende der letzten weltweiten Völkerschlächten hat der menschliche Geist (unter der Peitsche imperialistischer Habgier) mit Hilfe der Wissenschaft Vernichtungswaffen erdacht, die die ganze Erdkugel in einen Schrotthaufen verwandeln können.

Die US-Imperialisten und die Moskauer Kreml-Bürokraten haben heute ein nukleares Waffenarsenal zu ihrer Verfügung, das ausreicht, um 200 mal hintereinander jegliches Leben auf der Erde auszuschließen!!! Allein auf westeuropäischem Boden lagern 7.000 "taktische" Atomsprengekörper (taktisch bedeutet, daß diese Waffen innerhalb des Gefechtsfeldes, notfalls auch im eigenen Land, eingesetzt werden!). Umgerechnet ist jeder Bewohner Westeuropas mit 21 Zentner TNT "versorgt", einer Sprengkraft, die ausreicht, um ein stabiles 10-Familienhaus in Schutt und Asche zu legen. Adiert man noch die Sprengkraft "strategischer" Atomwaffen hinzu (strategisch bedeutet, daß diese

Waffen auf die vollständige Vernichtung eines gegnerischen Staates abzielen!), so entfallen auf jeden Menschen mehrere Tonnen Sprengkraft!

Rüstungskosten

Weltweit werden jede Minute über 2.000.000 DM für die Rüstung verpulvert, jährlich sind es mehr als 1.000 Milliarden DM! Millionen von Wissenschaftlern können im Westen ihren Lebensunterhalt nur verdienen, wenn sie ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, Forschungen in den "Dienst" der Entwicklung der Militärtechnik stellen. Um der westlichen Bedrohung entgegenzutreten fällt den herrschenden Bürokraten des Ostblocks nichts Besseres ein als ebenfalls die besten Fachkräfte und einen Großteil der Industrie auf die Aufrüstung zu konzentrieren. Inzwischen verschlingen die Militärausgaben der UdSSR schätzungsweise ein Siebtel (14%) des gesamten Volkseinkommens.

In der Bundesrepublik wird heute jährlich ein Zwanzigstel (5%) des Volkseinkommens durch die Aufrüstung und die Aufrechterhaltung der Kriegsmaschinerie aufgefressen - ca. 70 Milliarden DM! Zwar sind im "Verteidigungset" des Bundeshaushaltes nur 35 Milliarden DM für diesen Zweck aufgeführt. Doch in vielen anderen Einzelhaushalten sind noch erkleckliche Posten versteckt, die direkt oder indirekt den militärischen Ausgaben zuzurechnen sind: z. B. Forschung, Berlin-Hilfe, Bundesgrenzschutz, Stationierungskosten für NATO-Truppen in der BRD usw.

"Rüstung schafft Arbeitsplätze"

Oft müssen sich die Befürworter von Abrüstung das Argument anhören, die gigantischen Rüstungsausgaben schafften Arbeitsplätze. Konjunkturforscher und -lenker behaupten, die Rüstungsindustrie sei ein wichtiger Faktor zur Stabilisierung der Konjunktur und deshalb zur Aufrechterhaltung des Wohlstands. Welch jämmerliche Lüge! Welch offensichtliche Verdrehung der Wirklichkeit!

Die Produkte der Rüstungsindustrie tragen nichts - absolut nichts! - zum persönlichen Wohlstand jedes Einzelnen bei. Bomben kann man nicht essen, Napalm nicht trinken, chemische Waffen kann man nicht zur Düngung von Feldern einsetzen, Panzer sind keine Vergnügungskutschen und Düsenjäger keine touristischen Massentransportmittel! Rüstungsproduktion ist im volkswirtschaftlichen Sinne Schrottproduktion. Rüstungsprodukte werden niemals "konsumiert". Entweder sie lagern auf Halde, oder sie gehen in Feuer und Staub auf, falls sie wirklich eingesetzt werden.

Selbst diejenigen, die scheinbar ohne die Rüstung keinen Lebensunterhalt hätten - d. h. die Soldaten und die Beschäftigten der Rüstungsindustrie - produzieren ihren eigenen Lebensunterhalt nicht selbst. Ihre Wohnungen, Autos, Haushaltsgeräte, Nahrungsmittel usw. werden durch die Arbeiter und Angestellten der anderen Industriezweige hergestellt. Letzten Endes müs-

sen diese Teile der Bevölkerung auf Kosten der gesamten übrigen Gesellschaft versorgt werden. Natürlich ist das nicht ihre eigene Schuld: Sie sind durch das kapitalistische System gezwungen, in dem entsprechenden Industriezweigen zu arbeiten bzw. 15 Monate in der Bundeswehr zu "dienen".

Abrüstung könnte Wohlstand vermehren

Aufgrund dieser Tatsachen bestünde die theoretische Möglichkeit, die Rüstungsproduktion sofort zu stoppen und alle Produktionsanlagen stillzulegen, die der Herstellung von Kanonen, Raketen, Panzern, Düsenjägern und Atombomben dienen, und die Bundeswehr aufzulösen, ohne daß der Lebensunterhalt der davon Betroffenen (ca. 1,3 Millionen Menschen) deshalb gefährdet wäre. Denn die Produkte zu ihrem Lebensunterhalt könnten weiterhin in den anderen Industriezweigen hergestellt werden.

Die Rüstung in der BRD und die Bundeswehr entziehen ca. 5% der arbeitsfähigen Bevölkerung einer wirklich produktiven Tätigkeit. Sie müssen von den übrigen 95% der Erwerbstätigen mitversorgt werden. Jahr für Jahr werden so mindestens 5% des geschaffenen Volkseinkommens direkt auf die Schutthalde geworfen. Welch riesige Möglichkeiten zur echten Steigerung des Lebensstandards eines jeden bestünden erst, wenn diese 1,3 Millionen Menschen produktiv tätig sein könnten? Wie viele Lehrer könnten eingestellt werden? Wie viele fehlende Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen, Sportanlagen, Jugendhäuser usw. könnten gebaut werden? Um wieviele Stunden könnte die Arbeitszeit gesenkt werden? Ein ganzes Heer produktiver Tätiger und Wohlstand-schaffender Menschen könnten eingesetzt werden, um für immer Not, Elend und Hunger auf der ganzen Welt auszurotten - abgesehen davon, daß ohne Waffen und Soldaten keine Kriege mehr möglich wären!

Armeen - wozu ?

Abgesehen von der Rüstungsindustrie, die natürlich Riesenprofite scheidet: Warum sehen die übrigen Kapitalisten diese eigentlich "einleuchtenden" Argumente nicht ein? Warum beteuern uns die bürgerlichen Politiker immer wieder, die doch sonst eifrig an die "volkswirtschaftliche Vernunft" appellieren, wie notwendig die Militärausgaben sind?

Sie weisen auf die "Aggressionsabsichten" des "äußeren" Feindes hin. Tatsächlich hat jede Armee auch ihren außenpolitischen Zweck. In Zeiten eines weltweiten Aufschwungs wird sie "höchstens" gegen rebellierende Kolonialvölker eingesetzt. Solange die Wirtschaft blüht und die Märkte expandieren solange konkurrieren die Imperialisten mit "friedlichen" Mitteln miteinander. Sobald aber die Produktion stagniert oder zurückgeht, weil wegen einer Serie von Krisen die Märkte schrumpfen, dann gehen die imperialistischen Räuber mit Waffengewalt aufeinander los. Sie setzen im Kampf um die Märkte oder um die Neuaufteilung der

Kolonien ihre Armeen gegeneinander ein, um sich gegenseitig einen größeren Anteil am schrumpfenden Kuchen abzujagen. Auf diese Weise wurden bereits 2 Weltkriege vom Zaun gebrochen....

In Wirklichkeit liegt ein weiterer Hauptzweck jeder Armee im Kampf gegen den "inneren" Feind. Das Militär ist in allen Ländern eine Waffe in den Händen der herrschenden Schichten und Klassen, um die jeweils bestehenden Gesellschaftssysteme aufrechtzuerhalten. Es ist das letzte Mittel, um die Macht, das Eigentum und die Privilegien der Herrschenden zu schützen, um Streiks, Demonstrationen, Unruhen und Aufstände von Arbeitern gewaltsam niederzuschlagen. Die chilenischen Generale putschten 1973 gegen den verfassungsmäßigen Präsidenten Allende - dem sie unbedingte Treue, Loyalität und Gehorsam geschworen hatten - , um zu verhindern, daß seine Regierung im Auftrag der Mehrheit des chilenischen Volkes den Weg zum Sozialismus einschlug. Auch die erst vor wenigen Jahren gestürzten Militärdiktaturen in Portugal, Griechenland und Spanien hatten den gleichen Zweck zu erfüllen. Unsere eigene Geschichte liefert ebenfalls genügend Beispiele: Während der ganzen Weimarer Republik z. B. wurde die Reichswehr immer gegen den "inneren Feind", sprich: die Arbeiterbewegung, eingesetzt.

Auch die stalinistischen Diktaturen brauchen Panzer, um eine politische Revolution ihrer Arbeiter zur Errichtung einer sozialistischen Demokratie über den Sturz der schmarotzerischen Bürokratie im Blut zu ertränken (wie z. B. in Ungarn 1956 geschehen).

In der "demokratischen" Bundesrepublik trauen der Bundeswehr viele eine solche Rolle nicht zu. Es ist wahr: bisher wurde die Bundeswehr innenpolitisch noch nicht eingesetzt. Es war aber auch bisher nicht nötig: denn in den Zeiten des "Wirtschaftswunders" gab es keine größere direkte Bedrohung für die Herrschaft des Kapitals. Die gelegentlichen Streiks konnten meist noch mit anderen als gewaltsamen Mitteln beigelegt werden. Doch was wird in den nächsten Jahren geschehen, wenn die kommenden Wirtschaftskrisen Millionen arbeitslos machen werden? Wenn der Widerstand der arbeitenden Bevölkerung gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken zu verschärften Klassenkämpfen führt? Wenn Massenstreiks wieder auf der Tagesordnung stehen?

Notstandsgesetze

Mit den "Notstandsgesetzen", die Ende der 60er Jahre gegen den breiten Widerstand fortschrittlicher Gewerkschafter und Jugendlicher durchgesetzt wurden, sehen die Möglichkeit vor, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz gegen Streiks und Demonstrationen einzusetzen - ganz "legal" und "verfassungsmäßig"! Diese Gesetze zeigen, daß sich die Kapitalisten schon lange auf die "Eventualität" neuer Klassenkämpfe vorbereiten. Daß sie ohne zu zaudern diese Gesetze im Ernstfall auch in Kraft setzen und anwenden werden wird klar bewiesen durch die "Maöver", die schon verschiedentlich von Bundeswehr und Grenzschutz durchgeführt wurden mit den Übungszielen: "Räumung einer von streikenden Arbeitern besetzten Fabrik" - "Zerschlagung eines Streiks" - "Auflösung einer Demonstration" - "Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung".

Die Kapitalisten werden niemals freiwillig ihre letzte Waffe zur Aufrechterhaltung ihres Systems, ihres Eigentums und ihrer Profitquellen - das Militär - aus der

Warum SALT und KSZE ?

Warum wurden trotzdem die "Verträge zur Begrenzung strategischer Waffen" ("SALT") und die "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" ("KSZE") in die Wege geleitet? Besteht ein echter Grund zur Hoffnung auf einen dauerhaften Weltfrieden und eine wirkliche Abrüstung, nachdem kürzlich auf dem Wiener Gipfeltreffen Carter und Breschnew, die beiden mächtigsten Männer der Welt, das SALT II - Abkommen feierlich durch einen Bruderkuß besiegelt haben?

Eines muß klar sein: In Ost und West bestehen zwei fundamental unterschiedliche und gegensätzliche Gesellschaftssysteme. Bürokratisch entartete Arbeiterstaaten mit zentraler Planwirtschaft, die das kapitalistische System ein für alle Mal abgeschafft haben, auf der einen Seite - kapitalistische - imperialistische Staaten unter der Herrschaft von Finanzkapital und Großkonzernen auf der anderen Seite. Die Herrschenden beider Seiten sind natürlich voll gegenseitigem Mißtrauen. Obwohl die Kapitalisten genau wissen, daß die stalinistischen Diktaturen nicht gerade eine magnetische Anziehungswirkung auf die westlichen Arbeiter ausüben, fürchten sie das wirtschaftliche Potential, das (trotz aller Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanung) in einer Planwirtschaft steckt. Nicht umsonst haben sie 1945 in Nagasaki und Hiroshima noch 2 Atombomben mit verheerenden Auswirkungen gezündet, obwohl der Krieg praktisch schon beendet war: es war hauptsächlich eine Drohgebärde gegen die aus dem Weltkrieg unerwartet erstarbt hervorgegangene UdSSR. Andererseits wissen die Ostblockbürokratien genau, daß der Imperialismus ihre Planwirtschaften nur allzugerne vernichten würde, falls er sich eine realistische Chance ausrechnen könnte.

Und sie erinnern sich noch an das Jahr 1920, als 21 verschiedene imperialistische Armeen von allen Seiten gegen die Oktoberrevolution marschierten. Damals, als die UdSSR noch eine relativ gesunde Arbeiterdemokratie war und noch keine privilegierte Bürokratie die Macht an sich gerissen hatte, verstanden es die Bolschewiki außer rein militärischen auch ideologische und politische Waffen zu ihrer Verteidigung einzusetzen: Flugblätter und Propaganda, die zur Desertation und Meuterei der Soldaten sowie zum Streik im Heimatland gegen den Vormarsch auf Moskau aufriefen. Diese Appelle an die Klassensolidarität der Arbeiter aller Länder zwangen die Imperialisten schließlich zum Rückzug....

Friedliche Koexistenz

Heute hat die Bürokratie kein Interesse mehr an der "Weltrevolution", die sie selbst und ihre schmarotzerische Herrschaft samt Privilegien nur in Gefahr bringen würde. Zur Verteidigung ihres Systems gegen imperialistische Bedrohung mußte sie sich auf militärische Mittel verlassen und den gigantischen Rüstungswettlauf mitmachen. Inzwischen haben die Rüstungslasten für beide Seiten so gewaltige Ausmaße erreicht, daß sie irgendeine Erleichterung suchen müssen. Vor allem in den Ostblockstaaten bedeuten die Militärausgaben einen riesigen Klotz am Bein der Wirtschaft, der jede weitere Entwicklung hemmt.

Fortsetzung auf Seite 8

Zum 40. Jahrestag des Naziüberfalls auf Polen:

WER WAR SCHULD AM 2. WELTKRIEG?

VOR 40 JAHREN, AM 1. SEPTEMBER 1939, BEGANN MIT DEM NAZIDEUTSCHEN ÜBERFALL AUF POLEN DER 2. WELTKRIEG. ER FORDERTE ÜBER 40 MILLIONEN TOTE, DAVON FAST DIE HALFTE ZIVILISTEN. EUROPA WURDE IN GRAUSAMSTE BARBAREI GESTÜRZT. DER 1. SEPTEMBER IST IN DER NACHKRIEGSZEIT ZUM ANTIKRIEGSTAG ERKLÄRT WORDEN.

An diesem Tag schwören sich Jahr für Jahr viele Sozialisten, Gewerkschafter und Jugendliche eines: Wir müssen mit allen Kräften verhindern, daß die Menschheit jemals wieder durch einen solchen Krieg in den Abgrund gestossen wird.

Doch mit Wünschen und Worten allein ist es noch nicht getan. Wir müssen erst einmal ganz nüchtern verstehen, wie es damals überhaupt zu Massenmorden kommen konnte.

Viele wissen es aus der Schule oder vom Fernsehen: Dieser Krieg ging von deutschem Boden aus, Deutschland war der Aggressor, und seit 1933 wurde von Hitler systematisch der Weltkrieg vorbereitet.

Daß man dies alles nicht vorher gewußt habe, kann niemand sagen. Hitler hatte seine außenpolitischen Ziele aufgezeichnet, schon bevor er an die Macht kam. Ab 1933 mußte er dann zunächst seine faschistische Diktatur festigen, d. h. die Arbeiterbewegung zerschmettern, die Feinde des Regimes ausschalten, die ganze Gesellschaft gleichschalten und seine innerparteilichen Rivalen

"kaltstellen". Somit konnten dann ab 1934 systematische Kriegsvorbereitungen laufen. Es wurden die Arbeitsdienstpflicht eingeführt und der Autobahnbau angekurbelt. Die Wirtschaftspolitik sollte Deutschland für den Kriegsfall von der Außenwelt unabhängig machen (autark). Während die Reichswehr in den 20er Jahren nur 100.000 Mann Stärke haben durfte, hatte sie 1934 bereits 240.000 Mann in ihren Reihen. 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Auch die Hochseeflotte wurde mit englischer Billigung aufgerüstet.

Stück um Stück begann Hitler, durch diplomatische Schachzüge und Offensiven seinen Einflußbereich auszuweiten und eine günstigere Ausgangslage zu schaffen.

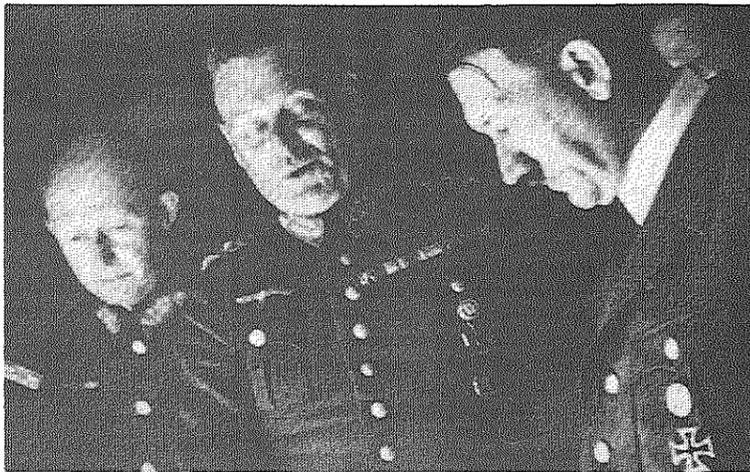
Hitlers offensive Außenpolitik erhielt tatkräftige Rückendeckung und Auftrieb, als er 1936 sah, wie wenig die kapitalistischen Westmächte Großbritannien und Frankreich daran interessiert waren, entscheidend gegen Vorstöße des Faschismus einzugreifen. Die Westmächte duldeten die Besetzung Abessinien durch Mussolinis faschistische italienische Armee und sahen mit verschränkten Armen zu wie in Spanien General Franco mit deutscher und italienischer Hilfe die Arbeiterklasse niederschlug.

Mit Japan und Italien schloß Hitler Verträge ab, zwecks Koordination der Interessen dieser Staaten mit dem Deutschen Reich. Damit war das "Weltpolitische Dreieck" Berlin-Rom-Tokio begründet.

Die Expansionsbestrebungen in Richtung Osten wurden weiter ver-

folgt. 1938 kam Österreich, 1939 schließlich die gesamte Tschechoslowakei unter deutsche Kontrolle.

Durch solche "Häppchen" in seinem Bärenhunger bestärkt, konnte sich nun der deutsche Imperialismus an größere Stücke heranwagen. Nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (Stalin-Hitler-Pakt) im August 1939 überrollte die deutsche Wehrmacht im September in wenigen Tagen Polen. Im Frühjahr 1940 folgten die Besetzung Dänemarks, Norwegens und der Benelux-Länder sowie der Einmarsch



Hitler mit dem Oberkommandanten der Wehrmacht, Keitel

nach Frankreich. Zwischen Oktober 1940 und April 1941 überrollte Hitlers Armee die Balkanländer Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Griechenland. Nun war der Zeitpunkt - so schien es Hitler - für einen Einmarsch in die Sowjetunion gekommen. Am 22. Juni 41 erfolgte der Überfall ohne Kriegserklärung....

Man könnte natürlich viele Bücher vollschreiben, um Hitlers Kriegsvorbereitungen und Diplomatie in den 30er Jahren darzustellen. Aber dies wollen wir gerne den bürgerlichen "Experten" überlassen. Wir wollen - und zwar zwar aus ganz praktischen Gründen - eher wissen, wie es überhaupt so weit kommen konnte.

Viele machen es sich da leider allzu leicht....

"Daran ist eben diese teuflische und machtbesessene Bestie Adolf Hitler schuld!", meinen die einen.

"Wir Deutschen tragen eindeutig die Alleinschuld am Krieg. Wir haben alles mit zugelassen. Die Deutschen waren ohnehin schon immer aggressiver und faschistischer als die anderen Völker", ist ebenfalls eine weit verbreitete Auffassung.

"Der zweite Weltkrieg war eindeutig ein antifaschistischer Krieg. Gottlob ist es den demokratischen Mächten (England, Frankreich, USA) doch noch gelungen, den Faschismus zu besiegen". Auch diese Meinung kann man oft unter Sozialdemokraten hören.

Solche gängigen Erklärungen mögen vielleicht oberflächliche Zeitgenossen befriedigen. Die heutige sozialistische und Gewerkschaftsbewegung kommt aber mit solch abgedroschenen Erklärungen keinen Millimeter weiter.

Denn Politik ist weit mehr als nur ein Kampf von Einzelpersonen um Macht und Einfluß. Einzelne Menschen können einer geschichtlichen Epoche sehr wohl ihren Stempel aufdrücken, aber nicht willkürlich und beliebig, sondern nur im Einklang mit tiefgreifenden Prozessen und Tendenzen.

Hitler, der seinen Aufstieg zu - nächst dem durch die Weltwirtschaftskrise völlig in Ruin und Verzweiflung getriebenen Kleinbürgertum verdankte, war letzten Endes nichts anderes als ein Ausdruck der zerstörerischsten Kräfte, wie sie im Kapitalismus und Imperialismus innewohnen, wenn dieser durch seine eigenen Krise an die Wand gedrückt wird. Für das Großkapital war die Hitlersche Massenbewegung das geeignete Mittel, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

"Aber ist es nicht die deutsche Mentalität, die diesen Hitler hat überhaupt es so weit treiben lassen? Vielen gingen doch erst die Augen auf, als es zu spät war.", mag der eine oder andere einwenden.

Daß die Faschisten in Deutschland an die Macht kommen konnten, es aber in Frankreich oder England nicht schafften, hat nichts mit spezifische deutscher Mentalität oder mit wilhelminischem Untertanengeist zu tun. Starke, vom Kapital finanzierte faschistische Massenbewegungen und Terrorbanden und kleine Mächtigen-Hitlers

lich die Zähne ausgebissen. Seinerzeit war Winston Churchill, der spätere britische Ministerpräsident bis 1945, Oberkommandierender der britischen Interventions-truppen gewesen. Wenn ein derart "honoriger" Konservativer wie Churchill unverrichteterdinge die Truppen aus Rußland wieder abziehen mußte, dann bestimmt nicht, weil er über Nacht zum Friedensengel und Volksfreund geworden wäre. Denn das Ziel einer Zerschlagung des "Bolschewismus" gab er bestimmt nicht auf.

Die Zerschlagung der inzwischen wirtschaftlich und militärisch erheblich verstärkten Sowjetunion sollte in erster Linie dem deutschen Imperialismus vorbehalten bleiben. Denn hierzu war ein großes, hochindustrialisiertes europäisches Reich notwendig, das bereit und fähig war, einen Kreuzzug gegen die UdSSR auf sich zu nehmen; ein Land, das nichts mehr zu verlieren hatte. Und wer hätte dies denn sonst ausführen sollen, wenn nicht ein faschistisches Deutschland mit einer zertrümmerten und demoralisierten Arbeiterbewegung?

Der zweite Weltkrieg war letzten Endes nichts anderes als die Fortsetzung des 1. Weltkriegs, ein imperialistischer Krieg zwischen kapitalistischen Großmächten, eine Jagd um Profite, Märkte, Kolonien und die Vorherrschaft auf der Welt. Sicherlich war es Hitlerdeutschland, das den Krieg vom Zaun gebrochen hat. Aber imperialistische Banditen waren es allesamt, egal ob sich diese Großkapitalisten nun britische, amerikanische, französische oder japanische "Nation" nannten. Sozialisten müssen bei jedem Krieg die ihm zugrundeliegenden Konflikte und Interessen sehen und vom Klassenstandpunkt der Arbeiterbewegung aus betrachten. Die Frage nach dem "Aggressor" und die Einteilung verschiedener verbrecherischer Lager in "gut" und "böse" können wir gestochert den überlassen, die nichts besseres mit ihrer Zeit zu tun wissen, als sich an geschichtlichen Äußerlichkeiten aufzuhalten.

Kriege waren in der Geschichte immer eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der Zweite Weltkrieg war ein Versuch, gewaltsam aus der Sackgasse auszubrechen, in die sich der Kapitalismus in der verheerenden Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren hineinmanövriert hatte.

"Wenn es nicht eine Serie von erfolgreichen Revolutionen gibt, werden diesem Krieg mehr folgen!" hatte Lenin schon nach Ausbruch des 1. Weltkrieges im November 1914 geschrieben. Der zweite Weltkrieg hat auf verheerende Weise seine Voraussage bestätigt. Der Preis, den die Arbeiter in Deutschland (und Europa) für die Niederlagen in der Novemberrevolution¹⁸ und in den 20er und 30er Jahren bezahlen mußten, war barbarisch hoch: Elend, Not, Hunger, Verzweiflung, Faschismus und schließlich Weltkrieg.

Lenins Gedanken von damals haben nichts an Gültigkeit eingebüßt. Denn auch heute ist die Gefahr eines Weltkrieges keineswegs vermindert. Wenn es der Arbeiterbewegung in den großen Industrieländern in den nächsten beiden Jahrzehnten nicht gelingen sollte, die tiefe Krise des kapitalistischen Systems durchgreifend sozialistisch zu lösen, dann steht uns in der Tat ein Rückfall in die Zustände der 30er Jahre bevor.

Rosa Luxemburg sprach damals von der Alternative "Sozialismus oder Barbarei". Heute kann die Wahl nur lauten: Sozialismus oder Vernichtung aller menschlicher Kultur.

Es bleibt die brennende Aufgabe unserer Nachkriegsgeneration den Kampf um gesicherten Weltfrieden als Teil des Kampfes um eine sozialistische Umgestaltung der ganzen Erde zu führen. Am 1. September ebenso wie an den anderen 364 Tagen im Jahr. Die Zeit drängt.

Hans-Gerd Öfinger, Mitglied der IG-Druck

Erfahrungsbericht eines Jugendlichen:

ERLEBNISSE BEI DER LEHRSTELLENSUCHE

Erst die 20. Bewerbung war erfolgreich

30. 6. 78: das Schuljahr ist zu Ende. Die Zeugnisse sind wieder mal nicht die besten.

Oktober 78: die ersten zehn Bewerbungen werden geschrieben, zwecks Suche nach fester Lehrstelle für das nächste Jahr. Die meisten gehen an Metallbetriebe und Versicherungen. Aber auch die Stadt ist dabei.

Ende November: die letzten zehn Bewerbungen werden geschrieben.

Mitte Dezember: die ersten Antworten kommen. Es sind Absagen dabei. Meistens wird zum Warten aufgefordert.

Mitte Januar: bis auf eine Ausnahme haben alle Firmen geantwortet. In einer Absage beklagt man sich über Rechtschreibfehler in der Bewerbung. Die Absage selbst enthielt 4 Fehler. Insgesamt neun Absagen erhalten. Viele ohne Begründung.

Mitte Februar: der erste Aufnahme test. Inhalt: Mathe, Rechtschreiben, Allgemeinwissen und "logisches" Denken (aus dem Wort "Fatma" das Wort "Elefant" herauslesen zu können, gilt als logisches Denken). Während des

Testes ist starke Nervosität zu bemerken, Gegenseitige Hilfe gibt es nicht.

Ende Februar: nach sieben Aufnahmetests sind diese vorläufig zu Ende. Bin fünfmal in der engeren Wahl.

Anfang März: erste Vorstellungsgespräche. Meistens wird versucht, etwas über die Persönlichkeit zu erfahren. Gesprächsleiter versuchen, locker zu wirken. Haupt- und Realschüler sind bei diesen Gesprächen meist nicht mehr vertreten. Politische Äußerungen werden mit besonderem Interesse vermerkt. Man versucht herauszubekommen, ob der Bewerber kritisch eingestellt ist. Die Gesprächsleiter lassen sich ihre Reaktionen auf Bemerkungen des Bewerbers nicht anmerken.

Mitte März: bis auf zwei Stellen haben alle abgesagt. Von der vorletzten Stelle kommt endlich eine Zusage.

Fazit: in unserer Gesellschaft kann jeder werden, was er will - wenn er die "richtige" Meinung und die "richtige" Bildung hat.

Ein Jungsozialist in der SPD

VORAN

Antikriegstag 1. September ABRÜSTUNG - WIE ?

Fortsetzung von Seite 6

Trotz ihres gegenseitigen Mißtrauens sehen Imperialisten und stalinistische Bürokraten, daß sie auch gemeinsame Interessen haben: Das Interesse an der Aufrechterhaltung des "status quo" (Jetzt-Zustand), an der



Ein Teil des nuklearen Waffenarsenals, das inzwischen ausreicht, die ganze Erde in einen Schrotthaufen zu verwandeln.....

"friedlichen Koexistenz" beider Systeme, an der gegenwärtigen Aufteilung der Welt in Einflußsphären, kurz: das Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer jeweiligen Herrschaft, Macht und Privilegien - natürlich auf Kosten der Arbeiter der ganzen Welt.

Hinzu kommt: sowohl Carter als auch Breschnew haben in ihren eigenen Ländern mit zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen und sind mit einer unruhiger und unzufriedener werdenden Arbeiterklasse konfrontiert. Was liegt also näher als der Versuch, durch außenpolitische "Erfolge" innenpolitische Spannungen abzumildern? Nur so - und nicht durch ihre plötzliche Entdeckung humaner Gefühle! - lassen sich die gegenwärtigen diplomatischen Manöver zwecks "Entspannung" und die Kompromißversuche bezüglich "Rüstungsbegrenzung" erklären.

SALT II als Fakten

Aber so großartig und erfolgreich wie sie auf den ersten Blick aussehen mögen, sind die SALT II - Ergebnisse gar nicht. In Wien wurde nur vereinbart, verschiedene strategische Waffensysteme auf Werte zu begrenzen, die oft weit über dem tatsächlichen Ist-Stand der Gegenwart liegen (laut STERN 24/79):

Gattung der Waffe	Was SALT erlaubt	Bestand	
		USA	UdSSR
Gesamtzahl strategischer Atomwaffen	2.250	2.060	2.570
Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV)	1.320	1.046	795
U-Boot- und Fernraketen mit MIRV	1.200	1.046	725
Interkontinentalraketen mit MIRV	820	550	600
Schwere Interkontinentalraketen mit MIRV	Eingefroren auf den ggw. Stand	0	308

Gerade auf dem Gebiet der modernsten Atomwaffen, Raketen mit atomaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) kann also kräftig weiter gerüstet werden! Und was passiert, wenn die zahlenmäßigen Grenzen erreicht sind? Werden dann beide Hände in den Schoß legen und ihre Militärtechniker und Rüstungsarbeiter entlassen? Sicherlich nicht! Denn wird es um die qualitative Verbesserung der alten Waffensysteme und um die Entwicklung neuartiger Techniken gehen...

Abrüstung - aber wie ?

Sozialisten und Marxisten haben schon immer für Frieden und Abrüstung gekämpft. Die deutsche Sozialdemokratie war vor 1914 in kapitalistischen Kreisen gefürchtet, wegen ihrer (in Worten) konsequenten Einstellung gegen

den Krieg. Damals hat sie auch eindeutig den Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Profitsystem und imperialistischen Raubkriegen gebrandmarkt. Als jedoch bei Kriegsausbruch es nicht nur um Worte, sondern auch um Taten ging, versagten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten jämmerlich und stimmten den Kriegskrediten zu.... Damals hätte der 1. Weltkrieg nur durch die sozialistische Revolution verhindert werden können.

Heute glauben viele Linke, durch Komitee-Gründungen etwas gegen den Rüstungswettlauf tun zu können. Komitees für Frieden, Abrüstung, Entspannung usw. die Organisation von Antikriegstagen u.ä. dokumentieren sicherlich die Empörung vor allem der Jugend über die weltweite Kriegsmaschinerie. Diese Aktivitäten finden ihr Gegenstück z.B. bei den Forderungen der Dissidenten-Bewegung in verschiedenen Ostblockstaaten, die ebenfalls Komitees gründen, zum Beispiel um Verstöße gegen die Bestimmungen der Helsinki-Schlussakte zu verhindern. Wie auch immer: Forderungen nach Abrüstung, nach Einhaltung von Abkommen allein nützen wenig. Selbst wenn das Ziel ist, die öffentliche Meinung gegen das Wettrennen zu mobilisieren und so Druck auszuüben: das Militär ist zentrales und unverzichtbares (!) Instrument zur Machtsicherung der Herrschenden, die sich daher in dieser Frage nicht durch die öffentliche Meinung beeindrucken lassen können!



"Kapitalismus bedeutet Krieg" (LENIN). Der Kampf gegen Krieg und Militarismus muß deshalb - wenn er letzten Endes auf Dauer Frieden und Abrüstung sichern will - mit dem Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der ganzen Erdoberfläche verbunden werden, ganz im Sinne von Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG.....

Das westliche Großkapital wird sich die "Freiheit zu rüsten" nicht nehmen lassen. Es wird sich niemals freiwillig entwaffnen lassen, genauso wenig wie die herrschenden Bürokraten in den Ostblockstaaten, Der Kampf für Abrüstung und Frieden muß deshalb realistischerweise verbunden werden mit dem Kampf für den Sturz des Kapitals im Westen und dem Sturz der Bürokraten im Osten! Erst der weltweite Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, die auf dem Gemeineigentum der Produktionsmittel und einer Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung beruht, wird dem wahnwitzigen Rüstungswettlauf ein Ende bereiten und zur Verschrottung der Waffenarsenale der ganzen Welt führen. Erst dann werden Millionen heutiger Soldaten und Rüstungsarbeiter eine wirklich produktive Beschäftigung erhalten können, die der Schaffung eines weltweiten Wohlstands dient!

Metall-Arbeitgeber begrüßen Verzicht der Gewerkschaft auf Lohnnachschlag

Ein Ausgleich für die Überleistung bei den Löhnen hätte sich zum Nachteil der Arbeitnehmer ausgewirkt. Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall fordert weiter eine Erhöhung der Sonderzahlungen.

Die Entscheidung der Vorsitzenden der IG Metall, auf einen Lohnnachschlag zu verzichten, ist ein Zeichen für die Bereitschaft der IG Metall, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Die IG Metall hat sich für eine Erhöhung der Sonderzahlungen eingesetzt, um die Löhne der Arbeitnehmer zu erhöhen.

Gesamtmetall: IG Metall traf richtige Entscheidung

Die Entscheidung der IG Metall, auf einen Lohnnachschlag zu verzichten, ist ein Zeichen für die Bereitschaft der IG Metall, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

Beifall für den Verzicht der IG Metall auf eine Nachschlagsforderung

Ein Ausgleich für die Überleistung bei den Löhnen hätte sich zum Nachteil der Arbeitnehmer ausgewirkt. Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall fordert weiter eine Erhöhung der Sonderzahlungen.

Metallarbeiter reden von „Selbstbedienung“

Verzicht auf Tarifvertragskündigung bedauert

Die Entscheidung der IG Metall, auf einen Lohnnachschlag zu verzichten, ist ein Zeichen für die Bereitschaft der IG Metall, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

Nach dem Nein des Vorstands zu Sonderzahlungen: IG Metall im Südwesten befürchtet wilde Streiks

Die Entscheidung der IG Metall, auf einen Lohnnachschlag zu verzichten, ist ein Zeichen für die Bereitschaft der IG Metall, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

IG-Metall-Vorstand lehnt „Nachschlag“ ab

Die Entscheidung der IG Metall, auf einen Lohnnachschlag zu verzichten, ist ein Zeichen für die Bereitschaft der IG Metall, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

Unmut an der Basis: Nun wilde Streiks?

Die Entscheidung der IG Metall, auf einen Lohnnachschlag zu verzichten, ist ein Zeichen für die Bereitschaft der IG Metall, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

NACHSCHLAGSFORDERUNGEN: 200 DM MEHR FÜR ALLE

Fortsetzung von Seite 7

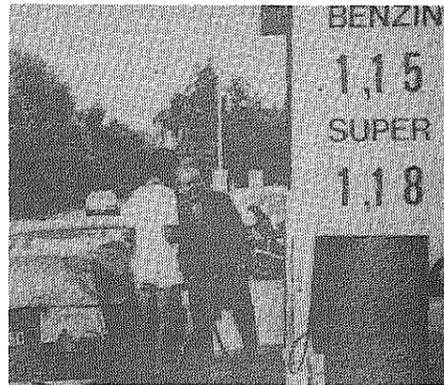
Es bleibt uns nur eine Konsequenz: Wir müssen nicht nur die Konzernbosse, sondern auch unsere Gewerkschaftsführer unter Druck setzen. Es ist notwendig, aus allen Betrieben und DGB-Ortskartellen Resolutionen an die Gewerkschaftszentralen zu schicken (soweit dies noch nicht geschehen ist), die mit Nachdruck unsere Forderungen zum Ausdruck bringen.

An Kampfbereitschaft fehlt es nicht: Bei Blohm und Voss haben die Kollegen bereits am 6. Juli für 3 Stunden die Arbeit niedergelegt, um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen.

Bei der Hüller Hille GmbH haben die Kollegen ebenfalls schon für eine Teuerungszulage gestreikt. Diese Kampfbereitschaft gilt es zu fördern und zu nutzen. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaftsorgane, den Forderungen eine einheitliche Stoßrichtung zu geben und in Aktion zu treten. Nur wenn die gesamte Kampfkraft der Organisation in die Waagschale geworfen wird, können die Angriffe auf unseren Lebensstandard abgewehrt werden.

Jeder ist von der Teuerung gleichermaßen betroffen. Deshalb brauchen alle einen einheitlichen Festbetrag als Zuschlag zu ihren Monatslöhnen. Meiner Meinung nach ist eine einmalige Nachschlagszahlung nicht ausreichend. Denn das gegenwärtige Preisniveau (vor allem bei Heizöl) wird bestehen bleiben, die Preise werden sogar noch weiter steigen. Deshalb brauchen wir einen monatlichen Zuschlag - für jetzt und alle Zukunft!

Welche Höhe sollten wir fordern? Ich



Autofahren wird so langsam zum Luxus...

glaube, daß unter 200 DM monatlich nichts geht, weil sonst unser Realeinkommen sinkt. Von einer monatlichen Lohnerhöhung von 200 DM wird ja die Steuer mindestens 70 DM (inklusive anderer Sozialabgaben) wieder abbassieren.

Worauf kommt es an?

- * Drängt darauf, daß Eure Gewerkschaftsorgane (Vertrauenskörper, Vertreterversammlungen etc.) die Lage diskutieren!
- * Schickt Protestresolutionen gegen die Hauptvorstände der Gewerkschaftsspitzen an die Hauptvorstände!
- * Für einen Nachschlag von mindestens 200 DM monatlich für alle Arbeitnehmer!

von einem IG Metall-Vertrauensmann

MAGT FÖRDERABONNEMENTS!!

VORAN kämpft für ein sozialistisches Programm der Jusos, SPD und Gewerkschaften.

Wir möchten an alle VORAN-Leser und Anhänger appellieren, nicht nur die Zeitung zu lesen, sondern auch finanziell zu unterstützen, damit VORAN noch mehr Aktive in der Arbeiterbewegung erreichen kann! Richtet einen Dauerauftrag an den Kampffonds ein! Es sollten mindestens 5 DM monatlich sein. Unterstützt uns durch ein Förderabonnament! Ab 15 DM für 6 Ausgaben, wobei natürlich nach oben keine Grenzen gesetzt sind. Je mehr Geld gespendet wird, desto besser für raschen Auf- und Ausbau unserer Zeitung. Die Konto-Nummern können dem Impressum und der Kampffondsspalte auf Seite 2 entnommen werden.



ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM ... auf das Postcheckkonto Hans-Gerd Götting, Postcheckamt Essen Nr. 170 20-411 überwiesen. (Absperrung für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATION

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75